

Städte I(i)eben Vielfalt – Diskriminierung als Herausforderung

**Dokumentation einer Konferenz des Deutschen
Städtetages und der Landeshauptstadt München
Gefördert von der Robert Bosch Stiftung**

Städte I(i)eben Vielfalt – Diskriminierung als Herausforderung

**Dokumentation einer Konferenz des
Deutschen Städtetages und der Landeshauptstadt München
Gefördert von der Robert Bosch Stiftung**

Herausgeber:
Deutscher Städtetag

Zusammengestellt und bearbeitet von:
Uschi Sorg (Landeshauptstadt München)
Dr. Uda Bastians-Osthaus

Textverarbeitung:
Nicole Reinhardt

© Deutscher Städtetag Berlin, Köln 2012

Druck Deutscher Städtetag

Printed in Germany Imprimé en Allemagne

Inhaltsverzeichnis

Seite

Vorwort

5

Eröffnung und Begrüßung

- Dr. Stephan Articus,
Geschäftsführendes Präsidialmitglied des Deutschen Städtetag 7
- Christian Ude, Oberbürgermeister der Landeshauptstadt München 9

(Alltags-)Rassismus und Diskriminierung

- Dr. Mark Terkessidis, Journalist, Autor und Migrationsforscher 13

Rechtsnationalismus und Re-Ethnisierung von Jugendlichen mit Migrationshintergrund

- Dr. Kemal Bozay, Verein für multikulturelle Kinder- und Jugendhilfe 21

Die Antidiskriminierungs- und Gleichstellungsarbeit der Landeshauptstadt München

- Martha Doll, Leiterin der Stelle für interkulturelle Arbeit 38
- Michaela Pichlbauer, Leiterin der Frauengleichstellungsstelle
- Andreas Unterforsthuber, Leiter der Koordinierungsstelle
für gleichgeschlechtliche Lebensweisen

Empowerment gegen rassistische Diskriminierung am Beispiel des Antidiskriminierungsnetzwerks Berlin des TBB

- Nuran Yiğit, Leiterin des Antidiskriminierungsnetzwerks Berlin
des Türkischen Bundes in Berlin-Brandenburg 58

Islamfeindlichkeit

- Dr. Sabine Schiffer, Leiterin des Instituts für Medienverantwortung,
Erlangen 72

Die Rolle der Kommune für die Integration religiöser Gruppen – Beispiele für die praktische Umsetzung

- Dr. Margret Spohn, Stelle für interkulturelle Arbeit 79
- Imam Sidigullah Fadai 89

Vorwort

Unter dem Titel „Diskriminierung als Herausforderung“ veranstaltete der Deutsche Städtetag zusammen mit der Landeshauptstadt München und finanziell gefördert durch die Robert Bosch Stiftung die Auftaktkonferenz zu einer geplanten Reihe unter der Überschrift „Städte I(i)eben Vielfalt!“ in der Landeshauptstadt München.

Das Anliegen der Städte, das gemeinsame Zusammenleben mit Menschen unterschiedlicher Herkunft, unterschiedlichen Einstellungen, unterschiedlichen Vorlieben erfolgreich zu gestalten, soll im Rahmen der Reihe vertieft diskutiert werden.

Die Auftaktkonferenz in der Landeshauptstadt München befasste sich mit dem Thema „Diskriminierung als Herausforderung“ und beleuchtete dabei sowohl die Aspekte der Diskriminierung von Menschen mit Migrationshintergrund als auch Diskriminierung durch insbesondere Jugendliche mit Migrationshintergrund. Einen Schwerpunkt stellte die kommunale Antidiskriminierungs- und Gleichstellungsarbeit dar, um Strategien zum Umgang mit der Thematik aufzuzeigen.

Die nun vorliegende Veröffentlichung dokumentiert die Beiträge der Referentinnen und Referenten. Sie wird hoffentlich dazu führen, dass die Erkenntnisse und Informationen aus der Konferenz einem breiteren Publikum bekannt werden und in die Arbeit einfließen können.

Ich bin mir sicher, dass die Tagung und die nun vorliegende Dokumentation dazu beitragen, die kommunalen Integrationsprozesse zu fördern und das gemeinschaftliche Zusammenleben voranzubringen. Dieser Aufgabe hat sich der Deutsche Städtetag auch im Rahmen des Nationalen Aktionsplans verpflichtet und wird sie weiterverfolgen. Ich hoffe, dass auf diese Auftaktkonferenz noch viele weitere interessante städtische Veranstaltungen zu der Gesamthematik stattfinden werden.

Ich bedanke mich herzlich bei allen an der Tagung Beteiligten für ihr großes Engagement!



Dr. Stephan Articus
Geschäftsführendes Präsidialmitglied
des Deutschen Städtetages

Eröffnung und Begrüßung

Dr. Stephan Articus, Deutscher Städtetag

Lieber Herr Ude,
sehr geehrte Referentinnen und Referenten,
sehr geehrter Herr Professor Bundschuh,
sehr geehrte Damen und Herren,

Städte leben und lieben Vielfalt - sie leben in Vielfalt, in Vielfalt der Kulturen, der Lebenskonzepte, der Generationen und vielen weiteren Diversitäten. Mit dem Motto knüpfen wir an unsere Hauptversammlung des Deutschen Städtetages 2007 in München an, die damals unter dem Motto stand "Städte schaffen Integration". Es ist noch immer wahr und wird sich auch nicht ändern, dass sich Menschen verschiedener Kulturen vor Ort, nämlich in den Städten, begegnen. In den Städten lernen sie sich kennen, treffen aufeinander, verstehen und bereichern sich. Dieser Prozess läuft nicht immer geräuschlos, es ist jedoch für unser Zusammenleben essenziell, dass der Prozess gelingt. Der Deutsche Städtetag freut sich daher, dass uns gelungen ist, heute mit dieser Konferenz in eine Veranstaltungsreihe zu starten, die in verschiedenen Städten zu jeweils unterschiedlichen Themen fortgesetzt wird. Wir freuen uns auch, dass die Hansestadt Hamburg bereits Interesse an der Durchführung der nächsten Veranstaltung signalisiert hat. Wir hoffen daher, Sie bald zu einem neuen Thema gemeinsam mit der Hansestadt Hamburg und evtl. auch der Robert Bosch Stiftung nach Hamburg einladen zu können.

Integration geschieht vor Ort – nicht in irgendwelchen Statistiken, sondern dort, wo Menschen aufeinandertreffen, wo sie leben. Es ist die Aufgabe der Städte, das konkrete Miteinander zu gestalten. Städte sind nah am Bürger. Und alle Bewohner der Städte sind auch ihre Bürger, unabhängig von ihrer Herkunft, ihren Lebenskonzepten. In den Städten wird daher Vielfalt gelebt, sie wird erlebbar und wenn es gelingt, führt Vielfalt zu einer gegenseitigen Bereicherung. So erklärt sich der Titel unserer Veranstaltungsreihe.

Der Deutsche Städtetag möchte mit dieser Konferenz eine Bühne schaffen. Wir möchten nicht nur die Notwendigkeit gelebter Vielfalt betonen, sondern auch Wege zu gelingender Integration aufzeigen. Dabei möchten wir uns nicht die Erfolge der Akteure in den Städten an die eigene Fahne heften, wir möchten aber unsere Kommunikationsstrukturen und unseren übergreifenden Zusammenhalt zwischen den Städten dazu nutzen, Erfahrungen weiter zu geben, zur Nachahmung anregen. Es geht um das "Voneinander Lernen", das am besten funktioniert, wenn man miteinander spricht und sich trifft.

Voneinander zu lernen ist eine wesentliche Voraussetzung für gelebte Vielfalt. Voneinander Lernen funktioniert aber nicht, wenn Gruppierungen von Menschen diskriminiert werden. Diskriminierung verhindert Kennenlernen, verhindert das Zueinanderfinden. Ich freue mich deshalb auf alle Beiträge, die unser Verständnis stärken werden, Mechanismen der Diskriminierung zu verstehen und zu durchbrechen. Insbesondere der Vormittag unserer heutigen Konferenz ist deshalb zunächst einer Aufarbeitung der Formen gewidmet, die zu Diskriminierung führen können. Aber auch der Blick auf mögliche Gegenbewegungen und Beispiele für gelungene Integrationsarbeit sollen heute beleuchtet werden. Ich denke, die Beiträge aus der Stadt München darf ich schon jetzt als Best-Practise-Beispiele für gelungene Integrationsarbeit bewerten.

Ich freue mich besonders, dass wir im Anschluss an die Konferenz die Möglichkeit haben werden, eine Führung durch die Ohel-Jakob-Synagoge, die Münchener Hauptsynagoge, zu erleben. Dafür danken wir der israelitischen Kultusgemeinde, die gerade ihr fünfjähriges Jubiläum der Synagoge gefeiert hat. Herr Stadtrat Marian Offman, der hier eine hervorgehobene Rolle spielt, ist heute auch anwesend und wird unseren Dank sicher weitertragen.

Mein ganz besonderer Dank gilt schon jetzt den Referentinnen und Referenten sowie unserem Moderator, Herrn Professor Bundschuh, der selbst ein Experte ist. Sie werden uns an dieses Thema nicht nur heranführen werden, sondern als Expertinnen und Experten auch für Rückfragen zur Verfügung stehen. Mein Dank gilt insbesondere auch der Robert-Bosch-Stiftung, die mit ihrer finanziellen Unterstützung die Durchführung der Veranstaltung erst ermöglicht hat.

Danken möchte ich auch unserem Gastgeber, der Stadt München, die durch die Mitarbeiterinnen der Stelle für interkulturelle Arbeit nicht nur im Vorfeld der Konferenz, sondern auch als Referentinnen ihre kommunalen Erfahrungen einfließen lassen werden. Die Stadt München ist durch ihren Oberbürgermeister Herrn Ude heute hier ebenfalls persönlich vertreten. Hierüber freue ich mich sehr, denn Herr Ude ist nicht nur Oberbürgermeister der Stadt München, sondern auch der Präsident des Deutschen Städtetages. Darüber hinaus sind – auch darüber möchte ich meine Freude zum Ausdruck bringen – fünf Münchner Stadträtinnen und -räte anwesend – dies zeigt, wie wichtig dieses Thema in München genommen wird!

Ich hoffe, dass wir gemeinsam auch in den kommenden Jahren daran arbeiten werden, das Thema der Vielfalt in den Städten weiter voran zu bringen.

Ich wünsche uns eine erfolgreiche Tagung!

Begrüßungsrede

Oberbürgermeister Christian Ude, Landeshauptstadt München

Lieber Herr Dr. Articus,
sehr geehrte Damen und Herren Stadträte,
sehr geehrter Herr Professor Bundschuh,
sehr geehrte Referentinnen und Referenten,
sehr geehrte Damen und Herren,

es ist schön, dass wir die Auftaktkonferenz der Reihe "Städte I(i)eben Vielfalt!" heute in München veranstalten. Wir sehen uns in München als einer der Vorreiter bei den Fragen der Integration von Menschen mit Migrationshintergrund und freuen uns, wenn wir zu einer weiteren Fortentwicklung beitragen können.

Das Interesse an der Thematik zeigt sich auch daran, dass fünf Münchener Stadträtinnen und Stadträte den Weg zu uns gefunden haben. Aber auch der sehr aktiven Stelle für interkulturelle Arbeit möchte ich heute für ihre Arbeit ausdrücklich danken.

Unsere Themen werden sich um Fragen der Vielfalt, der Multikulturalität und der Diskriminierung drehen. „Städte I(i)eben Vielfalt“ - das gilt nicht für alle. Vielfalt wird oft als Bereicherung erlebt. Aber Manche empfinden Fremdes als fremd. Vielfalt wird manchmal auch als Strapazierung, als Irritation und als verschärfte Wettbewerbssituation empfunden. Und hier liegt die Aufgabe der Aufklärung, die Diskriminierung überwinden will und Integration befördern möchte.. Wir dürfen nicht nur alle Gutwilligen im Auge haben und uns wechselseitig austauschen, wie gutwillig man ist, sondern wir müssen gerade die Bevölkerungsgruppen, die aus sozialen und wirtschaftlichen Gründen und Gründen fehlender Bildungschancen, Schwierigkeiten mit dem Thema haben, immer mit in den Blick nehmen.

Das nächste ist der Begriff der Multikulturalität, auf den ich eingangs ein ganz scharfes Schlaglicht werfen will. Wir haben in den letzten Jahren erlebt, dass der Begriff, der zeitweise mit großer Begeisterung einher ging, in die Defensive geraten ist. Es gibt führende Politiker in der Bundesrepublik Deutschland die sich trauen zu sagen: „Multikulti ist tot!“. Da ist die Frage zu stellen, was soll damit ausgesagt werden, was ist bestenfalls damit gemeint? Jedenfalls haben wir offensichtlich mit Multikulturalität so viele Assoziationen, dass ganze Teile der bundesrepublikanischen Gesellschaft vollkommen aneinander vorbeireden. Die schärfste Aussage zum Thema, an die ich mich erinnern kann, wurde bei einer Integrationsdebatte in München geäußert und zwar von der Präsidentin unserer Münchener Israelitischen Kultusgemeinde. Sie ist dann später auch Präsidentin des Zentralrats der Juden in Deutschland geworden und war dies lange Zeit: Charlotte Knobloch. Sie hat - als wieder mal jemand gegen die multikulturelle Gesellschaft polemisierte - gesagt: "Wissen Sie eigentlich, dass München nur zwölf Jahre lang eine monokulturelle Stadt war? Zwölf Jahre lang gab es hier wirklich nur eine Weltanschauung, ein Volkstum, eine Rassezugehörigkeit, die allgemein akzeptiert wurde bei gleichzeitiger Diskriminierung aller anderen Weltanschauungen, jedweder anderen Herkunft oder gar Rassezugehörigkeit. Diese zwölf Jahre des Dritten Reiches waren die schrecklichsten und verbrecherischsten Jahre der Stadtgeschichte." Da herrschte plötzlich peinliche Verlegenheit bei den Kritikern der multikulturellen Stadt, weil sie das nicht bedacht hatten.

Was heißt denn "Multikulti ist tot"? Soll das etwa heißen, man möchte im 21. Jahrhundert eine Rückentwicklung von weltoffenen Großstädten zu einer Monokulturalität durchsetzen? Ich sage das, um zu sorgfältigem Sprachgebrauch einzuladen. Aber natürlich werden die Kritiker der multikulturellen Leitbilder sagen, das hätten sie ja nicht gemeint. Sondern die Auffassung, dass die schwärmerische Darstellung von "Multikulti" auch ein Nebeneinander verschiedener Wertesysteme und auch Verfassungsprinzipien darstellen könne; unter dem Dach einer Gesellschaft oder auf

dem Boden einer Nation; mit Beliebigkeit bei jedem Thema, je nachdem wie man kulturell selbst geprägt ist. Das könne doch nicht sein.

Das ist in der Tat auch problematisch und wir erleben das ja gerade beim Thema Diskriminierung. Die Diskriminierung der Frau wegen einer angeblichen Minderwertigkeit, weil sie Frau ist, ist in der Tat bei Migranten mit einer agrarischen Herkunft mit Jahrzehnte oder Jahrhunderte alten Prägungen stärker vertreten als noch an den schlimmsten Chauviestammtischen der eigenen Heimat. Die Diskriminierung von Homosexualität ist ebenfalls bei muslimischen Kreisen stärker, als sie sich heute noch sogar im Vatikan behaupten kann, wo sie doch wenigstens sprachlich ein wenig abgemildert wird. Die Meinung, Kinder mit auch pädagogischer Gewalt – um es ganz vorsichtig zu umschreiben – zu beeinflussen, sind bei Zuwanderern ausgeprägter als bei der einheimischen Bevölkerung.

Noch ein ganz drastisches Beispiel: Nationalismus mit Übergriffen gegen nationale Minderheiten ist nicht nur ein deutsche Phänomen. Hier ist er im Gegenteil nach den Läuterungen der letzten Jahrzehnte eher schwach ausgeprägt. Er kann aber bei Nationen, die herausgefordert sind durch Minderheitenprobleme, terroristische Aktivitäten oder kriegerische Auseinandersetzungen mit Nachbarstaaten, viel ausgeprägter sein, als wir uns dies im Inland überhaupt noch vorstellen können. Das war sogar in den letzten Wochen von meinem Amtszimmer aus zu sehen, als "Graue Wölfe" mit Fahnen auf dem Marienplatz aufzogen. Da heißt es, genau hinzuschauen und die Situation nicht schön zu reden.

Das Thema Diskriminierung als Herausforderung einer multikulturellen Großstadtgesellschaft, die nur als tolerante und solidarische Großstadt überhaupt die Chance hat, eine gesicherte Zukunft zu erleben, wird auch durch Probleme herausgefordert, die Produkt der Migration sind. Dies ist ganz selbstverständlich, denn die Welt ist nicht jenseits unserer Staatsgrenzen vollkommen in Ordnung und nur innerhalb der Staatsgrenzen problembehaftet.

Es ist eine Tatsache, dass wir längst multikulturelle Städte haben. Dies gilt für Kleinstädte mit 20.000, 30.000 Einwohnern im Prinzip genauso, wie für die Millionenstädte, nur sind die Prozentzahlen noch andere. Das Prinzip, dass Menschen aus verschiedenen Nationen zur Stadtgesellschaft gehören, dass nicht nur verschiedene Konfessionen, sondern auch verschiedene Religionen, verschiedene Hautfarben und Kulturen anzutreffen sind, ist inzwischen auch schon ein Kleinstadtphänomen.

Für München heißt es, um nur ein paar Skizzenstriche zu machen, dass es hier seit bereits über 200 Jahren – das ist nicht gerade viel, aber doch schon eine ganze Menge Zeit – Protestanten mit Bürgerrecht gibt. Andere Städte waren da 300 Jahre schneller, aber seit über 200 Jahren haben Protestanten sogar hier das Bürgerrecht. Witzigerweise nicht, weil das der Magistrat hier beschlossen hätte, der hat sich mit Händen und Füßen dagegen gewehrt. Nein, es war ein Wunsch der Wittelsbacher, die von einem protestantischen Weinhändler Darlehen bekommen haben. Man sieht also hier, dass Staatsverschuldung zu Toleranz führen kann, was für die Zukunft zu den schönsten Hoffnungen berechtigt.

Wir sind seit Jahrhunderten eine Stadt mit einer jüdischen Gemeinschaft und wiederum Dank der Wittelsbacher gibt es hier griechische Orthodoxie schon seit über 150 Jahren. Gastarbeiter aus der Türkei sind nicht etwa vor 50 Jahren zum ersten Mal gekommen, sondern bereits zu Zeiten des Kurfürsten Max Emanuel. Sie haben dann auch als Kriegsgefangene die ersten Kanäle buddeln müssen, woran heute noch die Türkenstraße in der Maxvorstadt direkt an der Universität erinnert.

Multikulturalität ist eine in Wahrheit Jahrhunderte alte Tradition. Dies endlich zur Kenntnis zu nehmen, ist wohl das mindeste, was man nicht nur von der Stadtpolitik, sondern auch von der gesamten Stadtbevölkerung verlangen kann.

Heute haben wir Menschen aus über 180 Nationen in München. 35 % der Münchnerinnen und Münchner haben einen Migrationshintergrund, also zumindest einen Elternteil, der aus dem Ausland kommt, so die neue Definition. Dieses Zusammenleben friedlich zu gestalten und zu bewältigen und als Potential zu nutzen, ist eine Zukunftsaufgabe. Egal, ob man den Zuzug ge-

wünscht hat oder nicht, ob man ihn für die Zukunft will oder nicht. Das ist die Realität der Städte des 21. Jahrhunderts. Wer diese Realität nicht zur Kenntnis nimmt und zur Grundlage aller Entscheidungen und Weichenstellungen macht, hat die Zeichen der Zeit überhaupt nicht begriffen.

Wir versuchen mit dem Münchener Integrationskonzept, das vor einigen Jahren aufgestellt wurde, - die Stuttgarter waren da übrigens schneller, das müssen wir voller Respekt anerkennen – Kriterien aufzustellen und die Erfolge der Integrationsarbeit zu messen. Das kann man, wenn man sich z.B. die empirischen Ergebnisse anschaut: Wie steht es um die Bildungschancen und ihre Wahrnehmung durch alle Kinder? Wie steht es mit dem Zugang zu Ausbildungsplätzen? Mit dem Zugang auf den Arbeitsmarkt oder zu unternehmerischer Tätigkeit? Wie steht es um die Anerkennung ausländischer Qualifikationen, die hier anerkannt werden müssen, um zu Buche zu schlagen? Wie steht es in der Praxis mit dem Recht auf gesundheitliche Versorgung und wie steht es mit der Anerkennung des Islam?

Dazu muss ich eine Anmerkung machen, weil mich seit langem nichts so entsetzt hat, wie ein Leitartikel einer bedeutenden Frankfurter Zeitung, die sich tatsächlich in ihrem so gebildeten Leitartikel dazu verstiegen hat zu sagen, es sei ja vollkommen klar, dass die Religionsfreiheit des Grundgesetzes nur christliche Konfessionen und das Judentum meint. Warum? Weil die Väter und Mütter des Grundgesetzes ja nur Kenntnis von der Präsenz christlicher Konfessionen hatten und auch nach den Erfahrungen des Dritten Reiches das Judentum ausdrücklich etablieren wollten. Vom Islam sei überhaupt nie die Rede gewesen, der auch gar keine Religion sei, sondern mehr ein politisches Programm. Ich zitiere deswegen die intellektuell anspruchsvollste Stimme aus diesem Chor, weil das zeigt, wie viel Auseinandersetzung wir noch vor uns haben, um Religionsfreiheit auch in den Köpfen zu etablieren und dann erst in der gesellschaftlichen Realität umzusetzen. Wenn ernsthaft das Zentralorgan der Gebildeten im Lande sagt, die Religionsfreiheit des Grundgesetzes gelte nicht für den Islam, sondern nur für die konfessionellen Streitigkeiten, die in Europa so schrecklichen Schaden gestiftet haben und deswegen überwunden werden müssen, und für das Judentum, dem man nach dem Holocaust Gerechtigkeit widerfahren lassen müsse, dann heißt das, dass die Einsicht, Religionsfreiheit ist vor allem die Freiheit des Andersgläubigen, – um Rosa Luxemburg abzuwandeln –, noch durchgesetzt werden muss.

Die Intoleranz beginnt früh. Nicht erst damit, dass man bestimmte muslimische Äußerungen oder Programmaussagen kritisch würdigen will, sondern die Diskriminierung beginnt damit, dass man einer Religion den Status der Religion abspricht, um ihr gar nicht die Religionsfreiheit zumessen zu müssen und um dann auch befreit zu sein von der Frage, ob man die Religionsfreiheit als Grundwert dieser Gesellschaft ernst nimmt. Ich denke, dass der Deutsche Städtetag deswegen gut beraten war, die Integration des Islam und den Dialog mit muslimischen Stimmen zu einem Schwerpunktthema zu machen. Wobei man dazu sagen muss, dass der Dialog mit Gruppierungen, die sich auch über die eigenen Sprecher nicht verständigen können und die keine Strukturen haben, wie wir sie von Religionsgemeinschaften bisher kennen, sehr schwierig ist. Aber an der Aufgabe führt kein Weg vorbei.

Und noch eine letzte Anmerkung, die am vergangenen Wochenende dramatisch an Gewicht gewonnen hat: Es scheint, dass Diskriminierung im Kopf zu Fanatismus in der Tat geführt hat, in einem unvorstellbaren Ausmaß, so dass sich Rechtsextremisten nicht nur als Hassprediger betätigt haben, sondern als Massenmörder. Dann muss uns klar sein, dass der Kampf gegen Diskriminierung zwingend notwendig ist und eine scharfe und kompromisslose Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus in Deutschland fordert. Wir haben uns um das Thema lange herumgedrückt, als ob das verirrte Stimmen wären oder nur geschmackliche Entgleisungen oder nur eine Beleidigung von historischen Wahrheiten. Nein, es ist eine Gefahr für Leib und Leben! Dazu können wir gerade fürchterliche Beispiele beisteuern. Einmal sind bei den Morden, die offensichtlich dem NSU zuzuschreiben sind, auch zwei Münchener Opfer dabei und dann haben wir hier in München 1980 den schwersten rechtsextremen Anschlag erlebt, mit hunderten Verletzten und einer erschreckenden Zahl von Todesopfern. Es war eine Tat aus rechtsextremer Gesinnung, geschult in der Wehrsportgruppe Hoffmann. Als erster kam ein Bundesminister und sagte, "das sind dem Baum seine linken Terroristen", um angesichts der nahenden Bundestagswahl klar zu machen, wenn in Deutschland Schreckliches passiert, kann es nur von links gekommen sein.

Tatsächlich ist so dilettantisch ermittelt worden, dass der Hintergrund bis heute nicht restlos ausgeleuchtet ist.

Jetzt – auf den Tag genau 30 Jahre später – verlangt sogar der bayerische Landtag eine Neuaufnahme der Ermittlungen, weil die rechtsradikalen Hintergründe völlig unaufgeklärt geblieben sind und wir stellen fest, es war eben nicht ein 'Gundolf Köhler' allein als verirrte Seele, sondern er hat sich damals schon bezogen auf das Vorbild des Anschlag auf den Bahnhof von Bologna, mit ebenfalls schrecklichem Blutzoll, wo auch ein System destabilisiert werden sollte. Weitere Anschläge sind gefolgt, in den neuen Bundesländern haben Asylbewerberhäuser gebrannt und nicht nur dort, auch in Nordrhein-Westfalen. Diese Dimension, dass Menschen sich diskriminiert fühlen müssen, weil es in erschreckendem Ausmaß Anschläge gibt und zu den Verbrechen auch noch hinzu kommt, dass die Ermittlungsbehörden hier in einem Ausmaß versagen, dass man sonst bei keinem Thema der Schwerekriminalität in Deutschland erlebt hat. Dies muss uns deutlich machen, dass es ein Thema von großer Sprengkraft ist und dass es nicht nur um die Überzeugung der Menschen guten Willens geht, sondern auch um Zerschlagung von Hassorganisationen in Deutschland, die offensichtlich größere Bedeutung haben, als wir bislang wahr haben wollten.

Vielen Dank!

Terkessidis, Mark (2010). Interkultur. Berlin: Suhrkamp Verlag

Kapitel 3: Der Umgang mit Rassismus, S. 77 - 96

Ich kann mich noch gut daran erinnern, dass ich in der Schule, vor allem zu Beginn meiner Gymnasialzeit, oftmals zum Fachmann für Griechenland avanciert bin – in Fragen von Sprache, Geschichte oder Religion. Nun war ich zu diesem Zeitpunkt noch gar nicht in Griechenland gewesen. Nur ein Jahr nach meiner Geburt übernahmen die Obristen die Macht und für meinen Vater, der den Bürgerkrieg noch am eigenen Leibe erfahren hatte, war das ein Grund, lange Jahre nicht zu Verwandtenbesuchen nach Athen zu reisen. Trotzdem wollte man beharrlich von mir wissen, ob das Klima in Griechenland feucht oder trocken sei, was bestimmte Worte auf Griechisch bedeuten usw. Stets musste ich passen. Zu allem Überfluss betrachtete mich ein Gesichtslehrer auch noch als Experten für die griechische Antike. Wenn ich diese Geschichten bei Vorträgen erzählen, dann lachen die Zuhörer herzlich – völlig zu Recht, es ist ja auch absurd. Für ein siebenjähriges Kind sind solche Erfahrungen jedoch eher verstörend. Die Lehrer, die es im Übrigen gut meinten mit dem Kind, die versuchten, auf den individuellen Hintergrund einzugehen, glaubten offenbar, Kinder nichtdeutscher Herkunft besäßen eine Art genetisches Herkunftswissen. Tatsächlich hatte das Blut meines Vaters mir natürlich nichts vermittelt über Perikles und Plato. Die ständige Fragerei führte vielmehr dazu, dass ich das Gefühl bekam, anders zu sein als die anderen Schüler in meiner Klasse und dass da, wo mein Anderssein gespeichert sein sollte, nichts war. Ich musste also eine Herkunft anerkennen, die in meinem Leben nur als Defizit auftauchte, als etwas, das ich nicht konnte.

So nistete sich das Gefühl ein, mir würde etwas fehlen, obwohl das gar nicht der Fall war. Die ständige Thematisierung meiner Herkunft erschien mir seltsam, weil sich mein Vater wenig damit befusste und meine Mutter ohnehin eine Einheimische war. Insofern war meine Zweitsprache der lokale Dialekt von Eschweiler, Rheinland, nicht Griechisch. Wie gesagt, wenn ich davon heute erzähle, dann wird gelacht. Manche lachen aber nicht nur über eine witzige Story aus einer Zeit, in der man völlig naiv mit Einwanderung umging, sondern auch, weil diese Erlebnisse immer noch eine gewisse Aktualität besitzen. Viele Personen mit Migrationshintergrund kennen ähnliche Vorgänge aus der eigenen Schulzeit, und viele Schüler erleben ähnliche Dinge in diesem Moment. Noch immer gibt es in Deutschland ein naives Verständnis von »Interkultur«, das die betreffenden Kinder auf ihre Herkunft festlegt und damit völlig überfordert. Hülya muss zum Sommerfest der Schule nicht nur Speisen aus ihrer »Heimat« mitbringen, sie muss auch im Unterricht etwas über den Islam erzählen, über den sie möglicherweise gar nicht so viel weiß. Denn in erster Linie ist Hülya ein Kind, und Kinder sind in der Schule, um etwas zu lernen.

Das Abfragen des Herkunftswissens gibt den Kindern das Gefühl, einen Mangel zu haben. Erstaunlicherweise wird fehlendes Wissen über die Herkunft nämlich nicht als Erfolg der Integration verbucht, sondern als Defizit. Oder gar als Krankheit: Eine Person, von Beruf Psychiater, hat mir gegenüber die Tatsache, dass ich nicht Griechisch spreche, einmal als »offene Wunde« bezeichnet. Während man also defizitär ist gegenüber der eigenen Herkunft, gilt man gleichzeitig auch nie wirklich als »deutsch« oder zumindest als »deutsch« genug, als dass sich das ganze Thema irgendwann einmal erledigt hätte. In Deutschland haben Forscher oftmals davon gesprochen, die »zweite Generation« der Einwanderer säße »zwischen zwei Stühlen«, und tatsächlich wird diese Situation in vielen Institutionen und im Alltag permanent hergestellt. Händeringend meinte ein Vater türkischer Herkunft einmal zu mir, seine Kinder würden in der Schule so oft auf ihre Herkunft angesprochen, dass sie jeden Tag »türkischer« als zuvor nach Hause kämen.

Hier soll es nicht darum gehen, den einzelnen Lehrern Vorwürfe zu machen. Viele meinen es schlicht gut. Und es gibt auch andere Lehrer, vor allem an Real- oder Hauptschulen, die sich für ihre Schüler überhaupt nicht mehr interessieren, die aufgegeben haben, die sich im Lehrerzimmer verbarrikadieren, um dort darüber zu wehklagen, dass ihre Schüler mit Migrationshintergrund keine Kultur hätten. Solche Lehrer liefern den regelmäßig erscheinenden deprimierenden Medienberichten über die »Problemschulen« mit 80 Prozent Migrantanteil das entsprechende Material, während diese Berichte wiederum die Lehrer darin bestärken, die eigene Lethargie zu pflegen. Auf der anderen Seite gibt es Schulen, die sich konzeptuell darum bemühen, die Herkunft der Schüler

als eine von vielen individuellen Voraussetzung im gewöhnlichen Betrieb zu behandeln und nicht als je nachdem exotische oder problematische Abweichung. Im Allgemeinen fehlt es jedoch an Standards, an Handreichungen, an Geld und auch an Zeit: Zeit, sich zu informieren, sich fortzubilden darüber, wie man Unterricht in Vielfalt gestaltet und wie die Rolle des Lehrers sich angesichts einer veränderten Schülerschaft wandelt. Von kohärenten Bemühungen um Integration kann man jedenfalls nicht ausgehen. Wenn schon die Personen mit Migrationshintergrund, die in Deutschland geboren wurden, fortgesetzt zu anderen gemacht werden, welche Perspektive bietet sich dann für »Quereinsteiger« oder Neuankömmlinge?

Wo die Mittel zur Reflektion fehlen, greift man auf die verbreiteten Wissensbestände zurück, und die besagen in Deutschland: Die Kinder mit Migrationshintergrund sind von vornherein anders, selbst wenn sie ihr ganzes Leben in Deutschland verbracht haben. Das aber ist ein schwerer und folgenreicher Irrtum, da diese Herangehensweise die Kinder anders macht. In Interviews, die ich mit Personen aus der sogenannten zweiten Generation über das Thema Rassismus geführt habe,¹ meinte eine der Teilnehmerinnen rückblickend über ihre Kindheit: »Ich hab mich nie als Ausländerin gefühlt.« Bis zu einem gewissen Zeitpunkt. Bis zu dem Zeitpunkt nämlich, als sie zum ersten Mal bemerkte, dass sie sich zwar selbst nicht als anders betrachtete, von vielen Mitmenschen jedoch so gesehen wurde. Dass dieses »erste Mal« ein scheinbar unbedeutendes Erlebnis sein kann, zeigt das Beispiel des kleinen Mehmet, der den Wettbewerb »Sicher durch den Straßenverkehr« gewonnen hatte. Er wurde daraufhin zu einem Empfang beim Bürgermeister geladen und war dort das einzige Kind mit Migrationshintergrund. Als der Bürgermeister fragte, woher er denn komme, da nannte Mehmet den Namen des Dorfes in der Nähe von Bielefeld, in dem er mit seinen Eltern wohnte, worauf der gesamte Saal in Lachen ausbrach. Die Anwesenden hatten erwartet, der Junge würde sich als »Ausländer« identifizieren und sagen: »Ich komme aus der Türkei.« Für Mehmet barg dieses Erlebnis eine initiale Erkenntnis – die Erkenntnis nämlich, dass er anders ist, dass er von woanders kommt und dass er nicht dazugehört.

Zuvor hatte Mehmet, der ja in Deutschland geboren wurde, fest geglaubt, er gehöre dazu – zu den anderen Kindern, zu seinem Dorf und letztlich auch zu Deutschland. Diese Selbstverständlichkeit war danach dahin. Seitdem ist er – kaum hatte jemand seine schwarzen Haare bemerkt oder seinen Namen gehört – immer wieder gefragt worden, wo er denn herkomme. Und immer wurde so lange gebohrt, bis seine »Fremdheit« zum Vorschein kam. Es geht hier um Erlebnisse, die zunächst nicht groß und gravierend erscheinen, die aber mit erheblicher Penetranz wiederkehren, manchmal täglich, manchmal in längeren Abständen, und die gerade in ihrer Alltäglichkeit sehr deutlich einen Unterschied markieren und dauerhaft eine Grenze etablieren zwischen »uns« und »ihnen«.

In meinen Interviews hat sich gezeigt, dass die (kulturelle) Differenz den Kindern mit Migrationshintergrund keineswegs von Anfang präsent ist. Alle Interviewten schilderten wie Mehmet eine Art »Urszene« – ein Erlebnis, das sie aus ihrer Normalität riss und die für selbstverständlich gehaltene Zugehörigkeit in Frage stellte. Solche Erlebnisse setzten bei den Befragten einen Prozess der Entfremdung in Gang. Diese Entfremdung tritt spätestens dann mit ziemlicher Wucht ein, wenn die Kinder von »Ausländern« mit 16 zur Ausländerbehörde müssen, um einen eigenen Aufenthaltsstatus zu beantragen. Bei diesem Ritual geben sich die Beamten offenbar alle Mühe, den Eindruck des Willkommenseins zu vermeiden – so ziehen sie eine scharfe Grenze zwischen den Deutschen, die mit allen Rechten ausgestattet sind, und den »Ausländern«, die auf der Behörde um eine »Erlaubnis« zum Aufenthalt bitten müssen, obwohl sie doch hier geboren und aufgewachsen sind.

Nun endet die Entfremdung nicht mit dem Initialerlebnis, die Kraft der Ausgrenzung besteht vielmehr gerade in der alltäglichen Wiederholung solcher scheinbar unbedeutender Erlebnisse. Das äußert sich in nur scheinbar neugierigen Fragen wie »Woher kommst Du?« – erwartet wird eben die Nennung eines fremden Landes. Auch der Name ist ein stetiger Anlass zum »Fremdeln« – der Name gilt, selbst wenn er nur aus vier Buchstaben besteht, als »zu kompliziert« und wird ziemlich konsequent falsch ausgesprochen oder geschrieben. Zudem gehen Einheimische sehr oft davon aus, Migranten zweiter Generation hätten eine andere Muttersprache. Obgleich sie deutsche Muttersprachler sind, spricht man sie immer wieder in ihrer vermeintlichen »Heimatsprache« an, oder

¹ Mark Terkessidis, Die Banalität des Rassismus, a.a.O., Fußnote 46, S. 131 ff.

man bescheinigt ihnen, bei ihnen aber schon noch einen kleinen Akzent zu hören, und diese Urteile stammen oft von Personen, deren Bildungsgrad weit niedriger ist.

So wird in vielen subtilen Erlebnissen eine *Verweisung* an einen anderen Ort inszeniert. All diese Beispiele mögen harmlos erscheinen, doch sie stehen in einer Kontinuität mit Beschimpfungen, die andere Interviewpartner erlebt hatten. Etwa: »Du Dreckstürke, geh zurück in dein Land.« Zwar ist die Frage nach der Herkunft nicht mit der Forderung nach dem Zurückgehen verbunden, doch die Voraussetzung ist die gleiche: Jemand gehört nicht »hierher«, sondern in ein anderes Land. Und oft hört man auch von Wohlmeinenden die freundliche Nachfrage: »Und wann gehen Sie zurück?«

Die Unterstellung, eine Person gehöre eigentlich »woanders« hin, ist zumeist mit weiteren Unterstellungen über die Natur dieses »Woanders« verbunden. Bemerkungen darüber, wie es bei »euch« zugeht, haben die meisten Personen mit Migrationshintergrund schon einmal gehört. Klischees – mögen sie nun negativ (faul, traditionell, kriminell, fundamentalistisch etc.) oder positiv (spontan, feurig, gefühlvoll etc.) sein – haben Auswirkungen auf die Kommunikation mit Migranten. Tatsächlich wird oft genug gar nicht mit den betreffenden Personen gesprochen, man adressiert sie vielmehr als Repräsentanten einer Gruppe. In diesem Moment findet eine *Entantwortung* statt: Was eine Person sagt oder tut, gilt nicht mehr als individueller Ausdruck, sondern als Artikulation des »Russischen« oder des »Südländischen« – so wird sie ihrer Verantwortung beraubt. Zugleich verwehrt man ihr auch die Möglichkeit einer Antwort, da all ihre Äußerungen scheinbar durch die jeweilige Gruppenzugehörigkeit vorherbestimmt sind.

Eng mit diesem Vorgang zusammen hängt auch die Unterstellung von Defiziten – die *Entgleichung*. Hier kommuniziert man den Personen mit Migrationshintergrund, sie würden einer Norm nicht genügen, wobei oftmals völlig unklar ist, worin diese Norm besteht. Gleichzeitig verhindert man so auch Vergleiche, da es immer die Einheimischen sind, die die Norm definieren, kontrollieren und die darüber richten, ob sie nun erfüllt wird oder nicht. Die oben berichteten Episoden aus dem Schulalltag zeigen den Prozess der Entgleichung recht anschaulich, und auch später im Leben gibt es stets jemanden, der feststellt, die betreffenden Personen hätten zu viel oder zu wenig »Deutsches« oder »Türkisches«. Hoch gebildete und erfolgreiche Personen mit Migrationshintergrund wiederum werden von Leuten, die weder den gleichen Bildungsgrad noch Erfolg haben, mit selbstverständlicher Anmaßung als gelungene Beispiele für Integration bezeichnet. Daraus erwächst das unangenehme Gefühl, ständig begutachtet zu werden, aber nicht genau zu wissen bzw. wissen zu können, an welchen Kriterien sich die Beurteilungen orientieren.

Kann man bei diesen Erlebnissen von Diskriminierung, von Rassismus sprechen? Die übliche Antwort in Deutschland wäre ein entschiedenes Nein. Ich habe viele Diskussionen erlebt, in denen es um die problematischen Implikationen der Frage »Woher kommst Du?« ging, Gespräche, in denen Einheimische vehement darauf bestanden, solche Fragen seien nur durch Neugier motiviert und es sei ihr gutes Recht, genauso zu fragen. Über diese Beharrlichkeit habe ich immer wieder gestaunt. Denn zuvor hatten Personen mit Migrationshintergrund ausführlich erklärt, warum diese Fragen einen diskriminierenden Charakter haben können, wenn sie primär auf die Herausstellung von »Fremdheit« zielen. Dabei wurde nie behauptet, die Fragenden würden absichtlich diskriminieren.

Es gab aber auch Personen, die ins Grübeln kamen und solche Fragen in Zukunft nicht mehr oder eben anders stellen wollten. Tatsächlich hätte schon der reine Anstand den Verzicht auf das Bohren nach der Herkunft gefordert. Aber viele Einheimische hatten kein Einsehen, spiegelten das Erlebnis zurück und sprachen von absurden »Überempfindlichkeiten«. Als ich bei einem Theaterensemble, das Shakespeares *Othello* auf die Bühne bringen wollte, einmal einen Vortrag zum Thema Alltagsrassismus hielt, bezeichnete mich der Regisseur sogar als »neurotisch«. Die Stärke der Abwehr ist immer aufs Neue verblüffend – zumal jener Regisseur damit einen eklatanten Mangel an Empathie offenbarte für die Hauptfigur des Stückes, dessen Aufführung er leiten wollte.

Wenn hierzulande von Rassismus die Rede ist, dann geht es gewöhnlich um Rechtsradikalismus oder um Gewalt gegen Einwanderer. Die Konzentration auf die extremsten Varianten schränkt die Diskussion jedoch immens ein. Der überwiegende Teil der Personen mit Migrationshintergrund hat erfreulicherweise keine Erfahrungen mit Neonazis oder Gewalt, denn beides gehört nur selten zum Alltag – wiederholte Ausgrenzungserlebnisse schon. Der Fokus auf den »Extremismus« führt dazu, Rassismus als eine Art Betriebsunfall im »normalen« Funktionieren der Gesellschaft zu deuten. Die alltägliche Diskriminierung dagegen verschwindet aus dem Blickfeld. Und für den kleinen

Mehmet war sein Erlebnis durchaus diskriminierend, da durch das Lachen im Saal ein Unterschied markiert wurde – zwischen denen, die hier legitim leben, und anderen, die zwar auch hier leben, aber eigentlich woanders hin gehören.

Anstatt die Thematisierung alltäglicher Diskriminierungserlebnisse als überempfindlich oder gar krank zu denunzieren, sollte man sie vielmehr zum Ausgangspunkt der Erkenntnis und Veränderung machen. Wir brauchen einen Wechsel in der Perspektive. In Deutschland stehen in der öffentlichen Debatte und in der Wissenschaft stets die Täter und die Einheimischen im Mittelpunkt – man sucht nach »feindlichen« Einstellungen und nach Gründen für diese Einstellungen, dann nach Gründen für das Umschlagen von Einstellungen in Gewalt und schließlich nach einer Therapie.

Doch in Bezug auf die Untersuchung von Machtwirkungen hat Michel Foucault einmal geschrieben, der Ausgangspunkt der Kritik müsse das »Wissen der Leute« sein oder besser gesagt: die »unterdrückten Wissensarten«.² Das Wissen der Personen mit Migrationshintergrund über die alltägliche Ausgrenzung und die strukturellen Hürden hilft dabei, die konkreten Machtwirkungen institutioneller Prozesse zu begreifen. Allerdings wäre es im Umkehrschluss falsch, diesem Wissen eine privilegierte Position zuzuweisen – vorrangig nutzt es der Erkenntnis und auch der Bekämpfung dieser Machtwirkungen.

Für alltägliche Erlebnisse mit Diskriminierung den Begriff Rassismus zu verwenden, scheint in Deutschland, wie gesagt, undenkbar. Der Ausdruck ist reserviert für die Vergangenheit – für Theorien von »rassischer Überlegenheit«. Rassismus, schreibt Wilhelm Heitmeyer in diesem Sinne, umfasse »jene Einstellungen und Verhaltensweisen, die Abwertungen auf der Grundlage einer konstruierten »natürlichen« Höherwertigkeit der Eigengruppen vornehmen«.³ Für alle anderen Phänomene gibt es in der deutschen Diskussion weniger belastete Begriffe wie Ausländer- oder Fremdenfeindlichkeit. Wenn man sich aber Mehmet's oben beschriebenes Erlebnis noch einmal ansieht, dann helfen solche Konzepte überhaupt nicht weiter: Mehmet ist weder Ausländer noch fremd, und außerdem hat sich niemand wirklich feindlich verhalten.

Die Rede von der Ausländer- bzw. Fremdenfeindlichkeit setzt voraus, dass es auf *einem Territorium* zwei Gruppen gibt – die Deutschen und die »Ausländer« bzw. »Fremden« –, und dass Personen aus der Gruppe der Deutschen gegenüber jener anderen Gruppe entweder »Vorurteile« haben oder gar feindlich auftreten. Die Gruppen gelten dabei als gegeben, wenn nicht gar als natürlich. Dabei impliziert die Bezeichnung »Vorurteil«, es gäbe ein korrektes Urteil über »Ausländer« oder »Türken«, und zumindest der Vorurteilsforscher sei im Besitz der richtigen Informationen. Und auch wenn in den letzten Jahren in den Theorien über »Fremdenfeindlichkeit« darauf hingewiesen wird, der »Fremde« sei immer nur eine Konstruktion, suggeriert der Begriff doch in anthropologischer Weise, man könne die Bevölkerung in Einheimische und Fremde aufteilen.

Dabei kann man das eben nicht. Der erste Anwerbevertrag mit Italien datiert auf das Jahr 1955, und spätestens 1998 hat die Bundesrepublik die Tatsache anerkannt, dass sie ein Einwanderungsland geworden ist. Aber immer noch gehen viele Theorien davon aus, die Feindlichkeit gegenüber dem »Fremden« habe etwas mit der mangelnden Vertrautheit mit bestimmten Sitten zu tun. Die Fremden scheinen immer gerade erst angekommen zu sein, sie wirken wie eine wiederkehrende Epiphanie, die immer aufs Neue für Überraschungen sorgt. Tatsächlich sind die »Fremden« längst Bestandteil der Bevölkerung geworden. Daher geht es, wenn man über Rassismus spricht, um eine Spaltung innerhalb *einer* Bevölkerung. Diese Spaltung hat eine institutionelle Grundlage, die Immanuel Wallerstein einmal »Ausschluss durch Einbeziehung« genannt hat und die er als spezifisch erachtete für die Epoche der Moderne.⁴

Die Versklavung, die Kolonisation, die Migration – all diese Vorgänge haben auf unterschiedliche Weise Menschen in ein institutionelles System einbezogen. Allerdings gab es bestimmte Bedingungen des Einschlusses. Die Migranten, das wurde bereits angesprochen, trafen im Deutschland der sechziger Jahre nicht auf einen offenen Arbeitsmarkt, sie wurden vielmehr von vornherein in

² Michel Foucault: »Historisches Wissen der Kämpfe und Macht«, in: Ders.: *Dispositive der Macht. Über Sexualität, Wissen und Wahrheit*, Berlin: Merve 1978.

³ Wilhelm Heitmeyer: »Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit«, in: Ders. (Hg.): *Deutsche Zustände. Folge 3*, Frankfurt am Main: Suhrkamp 2005, S. 15.

⁴ Immanuel Wallerstein: *Die Sozialwissenschaft »kaputtdenken«*. *Die Grenzen der Paradigmen des 19. Jahrhunderts*, Weinheim: Beltz Athenäum 1995, S. 102 ff.

bestimmte Segmente gedrängt. Man erwartete von ihnen primär unqualifizierte Handarbeit. Diese Schließung des Arbeitsmarktes spiegelte sich in einem rechtlichen Ausschluss: Diese Arbeitskräfte galten zunächst als »Gastarbeiter«, dann als »Ausländer«, in jedem Fall als Personen, die sich nur vorübergehend in Deutschland aufhielten und deren Zugang zu Rechten stark limitiert bleiben konnte. Schließlich herrschte eine weitgehend ungebrochene kulturelle Hegemonie – es gab die beschriebenen, ebenfalls sehr ausschließlichen Vorstellungen davon, wie ein »Deutscher« zu sein hatte.

Insofern wird die Gruppe der »Ausländer« bzw. der »Fremden« in den Institutionen der Gesellschaft überhaupt erst hervorgebracht. Gleichzeitig bildet sich ein Wissen über diese Gruppe. Dieses Wissen dient dazu, den in den Institutionen produzierten Unterschied zwischen »uns« und »ihnen« zu erklären und auch zu legitimieren. Schließlich dürfte es diesen Unterschied eigentlich gar nicht geben, in der Demokratie sind der Theorie nach alle Bürger gleich, und so sollte es eigentlich unmöglich sein, dass eine Gruppe aufgrund ihrer Herkunft in einer schlechteren sozialen Position landet. Dieses Wissen sucht die Ursachen für jene Ungleichheit in den natürlichen Eigenschaften jener Gruppe, und daher habe ich es an anderer Stelle als »rassistisches Wissen« bezeichnet.⁵ Der Ausdruck Wissen mag in diesem Zusammenhang überraschen, doch alle Untersuchungen zeigen, dass »Vorurteile« in der Gesellschaft stark verbreitet sind. Es ergibt also keinen Sinn, wie ein bedeutender Teil der Forschung im Hinblick auf den Rassismus stets von den verzerrten Vorstellungen verrirrter Einzelner auszugehen – es handelt sich um einen eingeführten und geteilten Wissensbestand.

Wenn es nun die »natürlichen« Eigenschaften der betreffenden Gruppe sind, welche für den Abstand sorgen, dann wäre der Unterschied gerechtfertigt. Und so gelten die Anderen in der Gesellschaft entsprechend der aktuellen diskursiven Gepflogenheiten als faul, schmutzig, übel riechend, grausam, patriarchal, sexistisch, gewalttätig, verblendet, fundamentalistisch etc. Und wie in einem umgekehrten Spiegelbild erstrahlt die Gruppe der Einheimischen als das exakte Gegenteil dieser Zuschreibungen. Das »rassistische Subjekt« verbirgt sich dabei als Phantom in den Institutionen; es spricht im Namen von etwas anderem – des Universalismus, der Toleranz, der Integration, der Kultur, der sozialen Sicherungssysteme etc. Beim Thema Rassismus geht es also nicht um »Feindlichkeit« gegenüber »Fremden«, sondern vielmehr um einen gesellschaftlichen »Apparat«, in dem Menschen überhaupt erst zu Fremden gemacht werden.

Ansatzpunkt Institution

Eine Politik zur Gestaltung der Vielheit muss diese alltäglichen Erlebnisse ernstnehmen, denn es geht ja darum, dass alle Personen, die sich in einem Gemeinwesen aufhalten, an dessen Zukunft partizipieren. Das werden sie aber nicht tun, wenn fortgesetzt ihre Individualität und Zugehörigkeit in Frage gestellt oder bestritten wird. Im Grunde wäre es schon aus ganz und gar utilitaristischen Erwägungen notwendig, allen Personen das Gefühl zu geben, dass ihre Partizipation zählt. Doch in Deutschland fallen selbst die Reaktionen auf die »extremistischen« Varianten des Rassismus ziemlich unkoordiniert aus. Zweifellos hat man die Gewalt, vor allem in den neunziger Jahren, verurteilt, und auch heute tolerieren Politiker und Journalisten rechtsextreme Äußerungen gewöhnlich nicht. Es gibt allerdings weder ein kohärentes, überprüfbares Vorgehen noch irgendeine Art von institutioneller Konsequenz. Da diese »extremistischen« Vorfälle als Störungen im Normalbetrieb gelten, fallen die Reaktionen nämlich gleichsam konjunkturabhängig aus.

Eine Durchsicht der Forschung zum Thema zeigt, dass diese nach bestimmten öffentlich wahrgenommenen und diskutierten Fällen stark zunimmt, dabei aber nur wenig Kontinuität zeigt. Erstaunlich ist auch, dass in der jeweils aktuellen Forschung frühere Ergebnisse nur selten zur Kenntnis genommen werden – als es in den achtziger Jahren um »Fremdenfeindlichkeit« ging, waren die Arbeiten über »Ausländerfeindlichkeit« schon völlig vergessen. Im Grunde beginnt man immer wieder bei Null. Und so ist es auch mit den politischen Maßnahmen. Wenn »extremistische« Varianten von Rassismus auftreten, fließt viel Geld in die Prävention von Gewalt und Rechtsextremismus. Ein System ist dabei selten zu erkennen, und erst kürzlich hat man begonnen, evaluierte Best-Practice-Beispiele zugänglich zu machen, damit nicht jede kleine Initiative das Rad

⁵ Vgl. Mark Terkessidis: *Psychologie des Rassismus*, Opladen/Wiesbaden: Westdeutscher Verlag 1998.

noch einmal neu erfinden muss. Jedenfalls führt dieser Umgang mit dem Thema – man muss das leider so klar sagen – zu einer ungeheuren Verschwendung von Geld und Ressourcen. Denn von so etwas wie Nachhaltigkeit kann angesichts des eklatanten Fehlens von Kohärenz und Koordination keine Rede sein.

In Großbritannien hat man auf »extremistische« rassistische Vorfälle völlig anders reagiert. In der Nacht des 22. April 1993 erstachen mehrere Männer an einer Bushaltestelle im Stadtteil Eltham im Süden Londons den 18-jährigen schwarzen Briten Stephen Lawrence. Es stellte sich schnell heraus, dass dieser Mord rassistisch motiviert war. Die Tat stand in einer Reihe von Vorfällen – 24 Morde dieser Art hatte das Institute for Race Relations bis 1991 dokumentiert. Die Polizei behandelte den Fall jedoch wie eine Art Kavaliersdelikt, niemand leistete dem Opfer Erste Hilfe, die Behörden glaubten einem Freund von Lawrence, der bei der Tat anwesend war, nicht, und andere Zeugen wurden erst gar nicht befragt. Seine Eltern erfuhren eine höchst unsensible Behandlung, ohne jede Anteilnahme, und entsprechend fiel auch die Verfolgung der Täter stümperhaft aus. Die britische Öffentlichkeit verfolgte den Fall eingehend und in den schwarzen Communities brodelte es. Eine schwarze britische Freundin, die zu jener Zeit in London lebte, erzählte mir, zur Zeit der Stephen-Lawrence-Untersuchung hätten viele Schwarze sich begrüßt oder zugezwinkert, obwohl sie sich gar nicht kannten – man demonstrierte quasi im Vorbeigehen Solidarität.

Tatsächlich wurde wegen des Mordes nie jemand verurteilt, obwohl die mutmaßlichen Täter vor Gericht standen. Beschwerden über das Verhalten der Polizei verliefen zunächst im Sande. Doch Ende 1997 beauftragte der damalige Innenminister Jack Straw einen ehemaligen Richter am Obersten Gericht mit der Untersuchung des Falles, und im Februar 1999 veröffentlichte William Macpherson einen Bericht,⁶ den man durchaus als Meilenstein der britischen Rechtsgeschichte bezeichnen kann. Denn er stellte fest: In der Polizei des Vereinigten Königreiches existiert institutioneller Rassismus. Auch zehn Jahre nach seiner Veröffentlichung hat der Bericht nichts an Sprengkraft verloren. Macpherson gab sich nicht damit zufrieden, dass die betreffenden Polizeibeamten in allen Befragungen gegen Rassismus Stellung bezogen, und spürte die »unabsichtlichen«, unbewussten Prozesse der Diskriminierung auf. Diese fand er in gewissen Routinen der Ungleichbehandlung von Minderheiten und vor allem auch in der impliziten, aber höchst wirksamen »Kultur« der Polizei, die maßgeblich geprägt war von »weißen« Erfahrungen und Perspektiven. Rassismus wurde im Macpherson-Report nicht als Verfehlung Einzelner betrachtet, sondern als strukturelles Problem: Gesetze, Verhaltensweisen oder Praktiken können scheinbar völlig neutral wirken, im Ergebnis jedoch diskriminierend sein.

Macpherson beendete seinen Bericht mit 70 Empfehlungen für die Zukunft. Diese betrafen die Behandlung rassistischer Verbrechen und die Veränderung der Institution Polizei. Dabei ging es nicht nur um die Erstellung von *guidelines*, um Trainings und die Überprüfung der Maßnahmen, Macpherson forderte auch explizite Zielvorgaben für die Einstellung von Personen, die ethnischen Minderheiten angehören, sowie für deren Weiterkommen in der Organisation. Zudem wies er auf den Bereich der Erziehung als ein Feld der Prävention hin und forderte die Erweiterung des Nationalen Curriculums »in Bezug auf die Wertschätzung kultureller Vielfalt und die Verhinderung von Rassismus«.

Viele seiner Empfehlungen wurden in den Folgejahren umgesetzt. Alle britischen Schulen wurden verpflichtet, Aktionspläne zu erarbeiten – nicht nur gegen Rassismus, auch zur Förderung von *race equality*, das heißt zur Verbesserung des Lernerfolges der Angehörigen von Minderheiten und zur generellen Herstellung von Chancengleichheit. Darüber hinaus wurde ein neues Curriculum für einen Fächerübergreifenden Unterricht zum Thema *Citizenship* eingeführt. Das Ziel bestand darin, den Schülern möglichst früh die Prinzipien aktiver bürgerschaftlicher Partizipation nahezubringen – es ging um soziale und moralische Verantwortlichkeit, das Engagement in der Gemeinschaft und um *political literacy*, also die Möglichkeit, aktuelle Politik überhaupt zu entziffern. Das Curriculum für *Citizenship* ist fortwährend weiterentwickelt worden, und alle vier Jahre überprüft das Office for Standards in Education (Ofsted), eine staatliche Kontrollinstanz, die Bemühungen der Schulen.

Nun behauptet niemand, in Großbritannien würde alles glatt laufen. Die Berichte von Ofsted oder jene zur *citizenship education* zeigen immer wieder, dass die Aktionen der Schulen keineswegs von gleicher Qualität sind und dass es große regionale Unterschiede gibt. Die grundsätzliche He-

⁶ Vgl. William Macpherson: »The Stephen Lawrence Inquiry«, Februar 1999, online verfügbar unter {www.archive.officialdocuments.co.uk/document/cm42/4262/4262.htm} (Stand August 2009).

rangehensweise ist jedoch erstaunlich. Rassismus wird nicht verleugnet, sondern als strukturelles Problem betrachtet. Die Interventionen richten sich nicht auf den Einzelnen, der sich einer moralischen Verfehlung schuldig gemacht hat und therapiert werden muss, sondern auf den institutionellen Kontext und beziehen so alle Personen mit ein, die sich etwa in der Institution Polizei oder Schule aufhalten. Und die Reaktion ist nicht nur auf den Anlass bezogen, sondern langfristig angelegt, wobei die Ergebnisse auch geprüft werden.

Nun geht es aber nicht nur um die Behandlung von rassistischen Ereignissen im engeren Sinne, sondern darum, wie der Aspekt des institutionellen Rassismus bzw. der strukturellen Diskriminierung in der politischen Gestaltung der Einwanderungsgesellschaft insgesamt berücksichtigt wird. Tatsächlich spielt dieser Aspekt in den deutschen Bemühungen um Integration überhaupt keine Rolle. Interessant ist hier ein Vergleich der Ansätze in Deutschland und Großbritannien in Bezug auf ein ganz anderes Thema: Sport. Seit fast 20 Jahren läuft beim Deutschen Olympischen Sportbund das Programm Integration durch Sport, das zu 100 Prozent aus Bundesmitteln finanziert wird.⁷ Vereine, die sich in Sachen Integration engagieren, können hier Gelder beantragen. Eine genauere Vorgabe, was mit dem Programm erreicht werden soll, sucht man vergebens, es ist allerdings viel die Rede von Dialog, Toleranz, Akzeptanz, Kennenlernen und der Weitergabe von Informationen. Prinzipiell geht es um die »Integration der Zielgruppen in die Aufnahmegesellschaft«, wobei als »Zielgruppen« die Spätaussiedler, »weitere Zuwanderer« und erstaunlicherweise auch »sozial benachteiligte Einheimische« gelten – offenbar betrachten die Initiatoren des Programms letztere nicht als Bestandteil der »Aufnahmegesellschaft«.

Gefördert werden ein- und mehrtägige Aktivitäten, Großveranstaltungen und Sonderprogramme wie niedrigschwellige »offene Sportgruppen«. Das Programm läuft auf der ehrenamtlicher Basis, und die in den Vereinen zuständigen Personen werden als »Starthelfer« bezeichnet. »Die Übernahme von Aufgaben, vor allem durch Personen mit Migrationshintergrund«, bietet gemäß der Konzeption, »die Möglichkeit der aktiven Beteiligung am Integrationsprozess und ist zugleich ein wertvoller Beitrag als Hilfe zur Selbsthilfe. Es entstehen dadurch Synergieeffekte hinsichtlich der Erlernung der Sprache, des Aufbaus persönlicher Kontakte, als auch des Kennenlernens der Gesellschafts- und Sportstrukturen in Deutschland.« Hier zeigt sich ein erstaunliches Verständnis von »Integrationsarbeit«: Sie wird sozusagen als gute Tat in den Bereich des Unbezahlten verschoben. Dabei können sich Personen mit Migrationshintergrund noch nicht einmal die »gute Tat« anrechnen, denn sie müssen auch noch dankbar sein für die unbezahlte Arbeit – bei ihnen ist »Integrationsarbeit« stets Arbeit an der eigenen Integration.

Nun wird in der Konzeption auch darauf hingewiesen, es solle Evaluationen geben, die sich an »konkret zu definierenden Integrationseffekten« orientieren. Man fragt sich dabei, was das sein soll. Niemand wird bezweifeln, dass einzelne Vereine mit dem Geld sehr gute Arbeit leisten, doch die Gesamtperspektive bleibt höchst schwammig, zumal man auch das Prinzip der Nachhaltigkeit praktisch überprüfen müsste. Das Problem der strukturellen Diskriminierung taucht in diesem Papier nicht auf; an keiner Stelle wird die Frage gestellt, ob es im Bereich Sport Routinen gibt, die dafür sorgen, dass bestimmte Personengruppen wie selbstverständlich ausgeschlossen werden und was daran geändert werden muss.

Die entsprechenden Vorschläge aus Großbritannien lauten ganz anders. Zuständig sind in den einzelnen Teilen des Königreichs Regierungsagenturen; in England etwa Sport England. Auf der Insel hat man bereits 1992 anerkannt, dass es im Sport Chancenungleichheit und Diskriminierung gibt. Es würde zu viel Platz einnehmen, all die Initiativen, Papiere und Maßnahmen aufzulisten, viel wichtiger ist jedoch das grundsätzliche Vorgehen: In Großbritannien hat man zunächst die Ausgangslage untersucht und dann nachvollziehbare Standards für »Inklusion« entwickelt – und zwar in Bezug auf ethnische Minderheiten, Frauen und Behinderte. Die generelle Partizipation gilt dabei durchaus als gut. Das Augenmerk liegt auf den Barrieren für bestimmte Personengruppen.

So hat man etwa untersucht, warum schwarze und asiatische Briten, vor allem Frauen, allgemein weniger Sport treiben. Die Gründe sind differenziert. Oft sind die Angebote schlicht nicht bezahlbar, oft wissen die Personen aber auch gar nichts über die Angebote. Sie werden von den jeweiligen Einrichtungen nicht adressiert, und diese Einrichtungen nehmen zu wenig Rücksicht auf kulturelle Besonderheiten. Dazu kommt die Angst vor rassistischen Übergriffen, besonders bei

⁷ Vgl. Deutscher Olympischer Sportbund (Hg.): »Integration durch Sport«, online verfügbar unter {www.integration-durch-sport.de/index.php?id=212} (Stand August 2009).

Frauen.⁸ Um nun etwa die Beteiligung asiatisch-britischer Frauen zu erhöhen, deren Fernbleiben stark von Zeitproblemen aufgrund von familiären Verpflichtungen bestimmt wird, drängt Sport England zum Beispiel auf eine Anpassung der Öffnungszeiten, mehr Angebote nur für Frauen sowie die Einrichtung von Kinderbetreuungsangeboten. Zudem wird in Großbritannien die Partizipation nicht bloß auf der Ebene der Sportler unterstützt, man fordert vielmehr von den Vereinen eine proaktive Personalpolitik, um den Anteil von Minderheitenangehörigen auch bei den Führungskräften, Trainern und dem übrigen Personal zu erhöhen. Die Standards für die Veränderung wurden in Richtlinien festgelegt, die man im Netz abrufen kann.⁹

In Deutschland wird die Frage nach den Barrieren nicht gestellt. Wenn die betreffenden Personengruppen nicht partizipieren, dann liegt es eben an ihrem mangelnden Willen zur Adaption. Hierzulande geht es um die Anpassung der »Hinzugekommenen«, wie es bei Integration durch Sport heißt, an die »Gesellschafts- und Sportstrukturen in Deutschland«, und nicht um den Versuch der Veränderung der jeweiligen Institutionen im Hinblick auf individuelle Voraussetzungen und Unterschiede. Dabei führt die Frage nach den strukturellen Barrieren auf das Terrain dessen, was man politisch beeinflussen kann. Politik soll dafür sorgen, dass der Staat seine ureigenste Aufgabe wahrnimmt, und die besteht darin, allen Personen gleiche Zugangschancen zu den Ressourcen zu verschaffen, die der Staat direkt oder indirekt zur Verfügung stellt.

Zwar sind Sportvereine letztlich privat organisiert, doch sie erhalten gewöhnlich erhebliche finanzielle Mittel vom Staat. Angesichts dieser Zuwendungen könnte der Staat von den Vereinen bessere Zugangsmöglichkeiten etwa für Personen mit Migrationshintergrund einfordern. Was die konkreten Maßnahmen betrifft, so geht es nicht zuletzt um Sensibilität – alle gleich zu behandeln kann manchmal ebenso diskriminierend sein, wie Menschen per se als anders zu betrachten. Selbstverständlich entspricht die Realität in Großbritannien nicht den Standards, die in den Papieren ausgemalt werden. Doch die Ausrichtung der Interventionen ist zweckmäßig, realistisch und auch nachprüfbar.

Um an dieser Stelle noch einmal auf das Thema Bildung zurückzukommen: Es ergibt keinen Sinn, die Eltern mit Migrationshintergrund für die schlechten Abschlüsse ihrer Kinder verantwortlich zu machen und von ihnen Veränderung zu erwarten – der Staat hat letztlich nicht die Mittel, sie zu mehr »Bildungsnähe« zu erziehen. Der Staat hat allerdings die Mittel, das Bildungssystem so zu gestalten, dass die soziale oder ethnische Herkunft, die Bildungsaffinität oder -ferne des Elternhauses keine Rolle spielt. Anstatt den Eltern allerlei Leistungen wie »Elterngeld« oder »Kindergeld« persönlich in die Hand zu drücken, könnte man dieses Geld, ich habe das bereits angedeutet, für die Verbesserung der öffentlichen Erziehung verwenden. Doch ein solcher Wandel in den Institutionen erscheint den Konservativen als eine Einschränkung der »Freiheit«. Allerdings stellt es auch eine Beschränkung der Freiheit dar, bestimmten Kindern aufgrund bestimmter »Defizite« im Elternhaus die Chancengleichheit zu verwehren, indem man durch Routine und Kultur eine gewisse Herkunft selbstverständlich bevorzugt.

⁸ Vgl. Sporting Equals: Briefing Paper – Ethnic Minorities and Physical activity, 2007, online verfügbar unter {www.sportingequals.org.uk.} (Stand September 2009).

⁹ Vgl. Commission for Racial Equality (Hg.): »Achieving racial equality: A standard for sport«, online verfügbar unter {www.sportdevelopment.org.uk/html/crestandard.html}, sowie: »Making English sport inclusive: Equity guidelines for governing bodies«, online verfügbar unter {www.sportdevelopment.org.uk/html/equityngb.html} (Stand August 2009).



Ursachen, Formen und Motive von (Rechts-)Nationalismus und Re- Ethnisierung bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund

Dr. Kemal Bozay, IFAK e.V.

14. November 2011, München

Konferenz „Diskriminierung als Herausforderung“

Inhalt

- Ausgangslage
- Begriffliche Implikationen
- (Rechts-)Nationalistische Einstellungen unter Einwandergruppen
- „Islamismus“ am Beispiel der „Salafisten“
- (Rechts-)Nationalismus und Graue Wölfe in Deutschland
- Ergebnisse aus Biographie- und Gruppengesprächen
- Gründe und Faktoren: Was macht (rechts-)nationalistische Organisationen für Jugendliche attraktiv?
- Fragen & Diskussion

Ausgangslage

- Die Globalisierung hat neue Formen von Re-Nationalisierung, Re-Ethnisierung und Re-Islamisierung gesellschaftlicher Konflikte evoziert
- Rechtsextremismus ist ein weltweit auftretendes Phänomen. Neben einen gemeinsamen Kern gibt es unterschiedliche gesellschaftliche Voraussetzungen in verschiedenen Ländern, das sich die Bezeichnung „rechts“ auf einen geschichtlichen Kontext bezieht
- Selbst- und Fremdeethnisierung: Exklusionsmechanismen fördern Selbstethnisierung und Rückbesinnung auf „ethnische“ Nationalismen und Islamismus-Zentrismus (auch durch kontroverse Diskussionen)
- Ethnisch-nationalistische Potentiale haben sich vor allem unter Migrationsjugendlichen nach den 1990er Jahren gestärkt
- Ethnischer Nationalismus als eine neue Form von (Rechts-)Nationalismus in Deutschland

3

Dr. Kemal Bozay

(Rechts-)nationalistische Einstellungen unter Einwanderergruppen: Ex-Jugoslawien

- In den 80er Jahren während des aufkeimenden Nationalismus in Jugoslawien waren „Gastarbeiter“ eine beliebte Zielgruppe. Sie dienten mehr als Sponsoren für die politische Propaganda.
- Nach der Auflösung Jugoslawiens hat der Nationalismus weiter zugenommen. Es gründeten sich bundesweit serbische, kroatische und kosovo-albanische Clubs, die als nationalistische Vereine aktiv sind. So in Berlin der Club Draza Mihailovic, benannt nach einem Anführer aus dem 2. Weltkrieg, der für zahlreiche Massaker an Muslimen u. Kroaten verantwortlich war.

4

Dr. Kemal Bozay

(Rechts-)nationalistische Einstellungen unter Einwanderergruppen: Ex-Jugoslawien

- Die nationalistischen Vereine der Exjugo-Gruppen sind auch mit größeren Veranstaltungen bekannt. So auch durch die Konzerte von Marko Perkovic, genannt Thompson, der in seinen Stücken Rechtsextremismus und den kroatischen Faschismus verherrlicht.



5

Dr. Kemal Bozay

(Rechts-)nationalistische Einstellungen unter Einwanderergruppen: Russlanddeutsche

- In Russland wurden sie wegen ihrer deutschen Herkunft verfolgt. Auch in Deutschland erwartete sie nicht das erwartete Zuhause (ohne Arbeit, Perspektiven)
- Hier zeigte sich vor allem ein neuer Trend: insbesondere jüngere engagieren sich aktiv in der NPD. Aber auch für die National-Konservative Bewegung der Deutschen aus Russland



6

Dr. Kemal Bozay

Antidemokratische Einstellungen: Der Islamismus der Salafisten

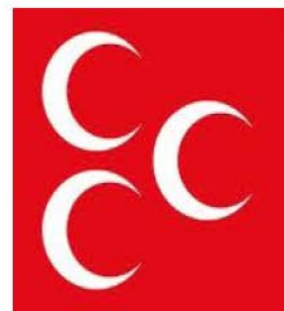
- Als Salafisten werden unterschiedliche religiöse u. politische Bewegungen bezeichnet, die besonders dem Wortlaut des Korans und dem Leben des Propheten folgen. Das gilt auch für Äußerlichkeiten wie Bekleidung (lange Bärte, Gewänder)
- Die Salafistische Ausprägung des Islamismus findet in Deutschland gerade unter jungen Muslimen Zuspruch (durch Internet u.ä.). Pierre Vogel gilt als Hardliner. Er fordert Ganzkörperverhüllung aller Musliminnen und strikte Trennung der Geschlechter. Aktiv ist der Verein Einladung zum Paradies



7

Dr. Kemal Bozay

(Rechts-)nationalistische Einstellungen unter Einwanderergruppen: Graue Wölfe in Deutschland



8

Dr. Kemal Bozay

Ideologische Grundzüge im Vergleich

Deutscher Rechtsextremismus

- nationalistische Überhöhungen, d.h. die eigene Nation als Elite betrachten;
- rassistische und antisemitische Sichtweisen, d.h. die eigene kulturelle und moralische Überlegenheit für sich zu beanspruchen, um andere abzuwerten und als minderwertig anzusehen;
- totalitäres Normverständnis, d.h. Menschen, die nicht zur eigenen Gruppe gehören und nicht deren Merkmale tragen, auszugrenzen (Ethnopluralismus);
- Hervorhebung des Führerkults
- die Akzeptanz und Anwendung von Gewalt und Hass

Türkischer Rechtsextremismus

- Überlegenheit der türkischen Etnie gegenüber allen anderen Ethnien und Nationalitäten;
- Panturkismus/Turanismus (Zielvorstellung Großtürkisches Reich „Turan“);
- Rassismus gegenüber Minoritäten und Reproduktion von Feindbildern, z.B. Kurden, Armenier (Kulturrassismus / Ethnopluralismus);
- Synthese zwischen Türkentum und Islam (*Islam ist unsere Seele, Türkentum ist unser Leib*);
- Hervorhebung des Führerkults
- die Akzeptanz und Anwendung von Gewalt und Hass

Wer sind die Grauen Wölfe

Die Grauen Wölfe, die sich als militanter Jugendflügel der Nationalistischen Bewegungspartei bezeichnen, streben von Innerasien bis hin zum Balkan ein Großtürkisches Reich (Einheit der Türk-Völker) an. Väter der ideologischen Ausprägung des großtürkischen Reiches waren die Turanisten, die sich schon Anfang des 20. Jahrhunderts in den Türk Ocaklari (Türkische Heime) zusammengeschlossen hatten. Ihre Aufgaben waren: die Festlegung der Nationalen Erziehung, Stärkung des Islamismus mit dem Turanismus, die Vollendung der türkischen Sprache und Rasse vorgelegt haben.

Geschichte der Grauen Wölfe

Während des Hitler-Faschismus in Deutschland verfügten die Turanisten über gute Kontakte zur NSDAP und versuchten durch Unterstützung Hitler-Deutschlands die Türkei an der Seite Deutschlands in den Zweiten Weltkrieg zu treiben.

Die offizielle Gründung der Nationalistischen Bewegungspartei MHP basiert auf die 60er Jahre, die sich in den kommenden 70er und 80er Jahren durch Massaker, Anschläge gegen Linke, Aleviten, Demokraten, Wissenschaftler, Gewerkschaftler und Oppositionelle kennzeichnete.

Geschichte der Grauen Wölfe

Zwar lehnen die Grauen Wölfe den Rassismus offiziell ab, aber Türkes formuliert es wie folgt: „Dem türkischen Stamm anzugehören ist das eine. Das Wesentliche ist, dass Bewusstsein zu haben, aus dem gleichen Stamm zu kommen, der gleichen Nation anzugehören. Jeder, der in seinem Herzen nicht den Stolz auf eine andere Rasse trägt, der sich selbst von Herzen als Türke fühlt und sich dem Türkentum verschreibt, ist ein Türke.“ (Türkes)

Symbole der Grauen Wölfe



13

Dr. Kemal Bozay

Symbole der Grauen Wölfe



14

Dr. Kemal Bozay

Symbole der Grauen Wölfe



15

Dr. Kemal Bozay

Ideologie der Grauen Wölfe

Die Ideologie der Grauen Wölfe stützt sich auf ein Konglomerat von verschiedenen Diskursen:

- ***Idealistischer Nationalismus (Ülkücülük)***

Ausgangspunkt der politischen Ideologie der MHP ist ein idealistischer Nationalismus.

- ***Antidemokratische Grundhaltung***

Im Zentrum der ideologischen Ausprägung der MHP wird eine vielseitige Propaganda gegen Linke, Sozialisten und Kommunisten, aber auch gegen demokratische Institutionen, wie z.B. Gewerkschaften, wissenschaftliche Institutionen u.ä. betrieben.

16

Dr. Kemal Bozay

Ideologie der Grauen Wölfe

Islam

Islam-Diskussion in der Gründungsphase. Nach den 70ern gewann der Islam eine stärkere Bedeutung. Anfang der 90er Jahre kam es zu einer Abspaltung innerhalb der MHP und es gründete sich die BBP (Große Einheitspartei). Sie vertritt die stärkere Betonung des Islams im Nationalismuskurs.

„Das Türkentum und den Islam als zwei voneinander getrennte und sich widersprechende oder sich feindlich gesonnene, unterschiedliche Wesen anzusehen ist für das Türkentum und den Islam schädlich.“ (Türkes)

Ideologie der Grauen Wölfe

Türkisch-Islamische Synthese (Türk Islam Sentezi)

Das Konzept der „Türkisch-Islamischen Synthese“ als Kernideologem des türkischen Rechtspopulismus und Nationalismus wurde in den 70er und 80er Jahren im Umkreis der „Vereinigung für die Verbreitung von Wissenschaft“ (İlim Yayma Cemiyeti) und später in den Kreisen des „Heims für Intellektuelle“ (Aydınlar Ocağı) als Gegenpol zu fortschrittlichen Ideen entwickelt. Die „Türkisch-Islamischen Synthese“ beinhaltet die Vorstellung der Untrennbarkeit von türkisch nationalen und islamischen Elementen.

Ideologie der Grauen Wölfe

Europäisches Türkentum als Mobilisierungsgruppe

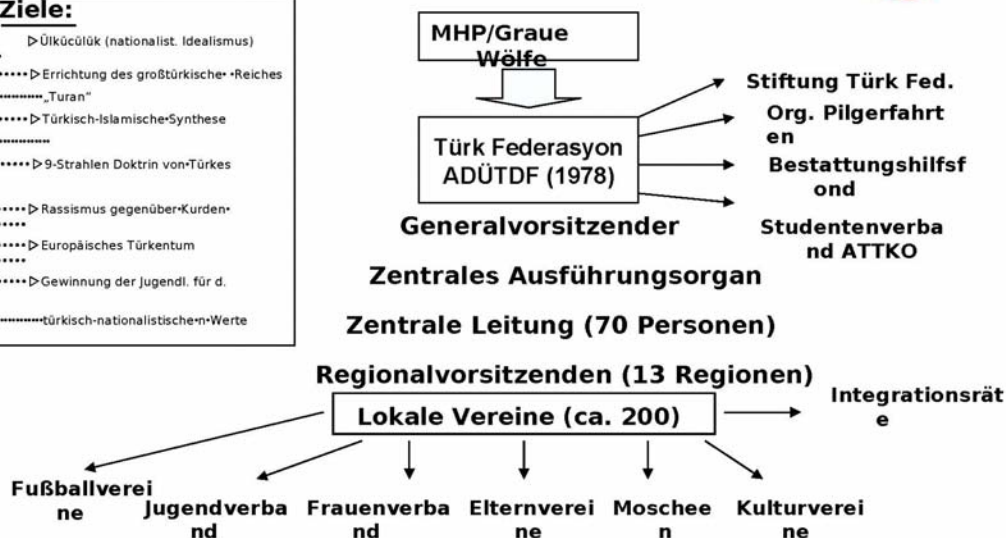
Innerhalb der türkisch-rechtsextremen Organisationen in Deutschland hat sich in den letzten Jahren der Begriff des „Europäischen Türkentums“ (Avrupa Türklüğü) als Sammelbegriff für die türkisch-nationalistische Identität in Europa geprägt. Damit sind vor allem die Migranten in Europa gemeint, die zwar ihren Lebensmittelpunkt in Europa festgelegt haben, aber dennoch ihre türkisch-nationalistische Identität weiter verbreiten und erleben sollen.

Organisationsmodell Türk Federasyon (ADÜTF/TÜRK FED)

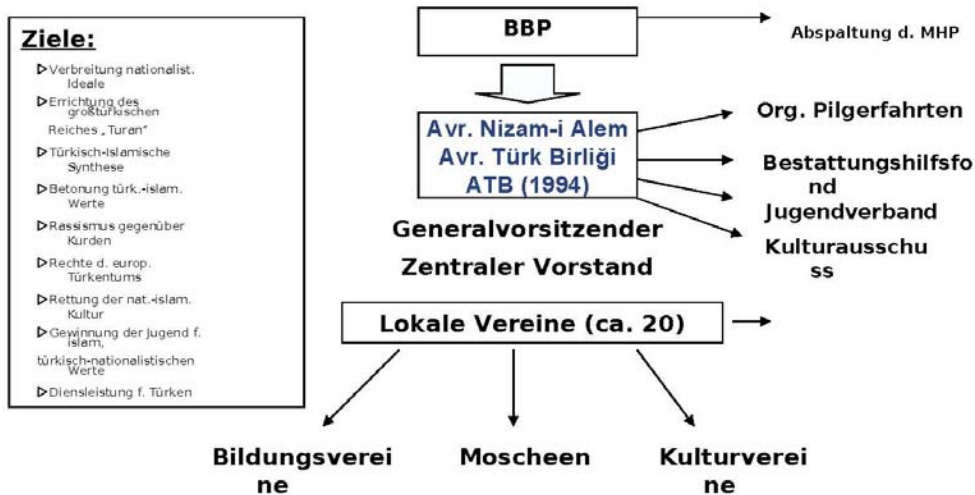


Ziele:

- ▷ Ülkücülük (nationalist. Idealismus)
- ▷ Errichtung des großtürkischen Reiches „Turan“
- ▷ Türkisch-Islamische Synthese
- ▷ 9-Strahlen Doktrin von Türkes
- ▷ Rassismus gegenüber Kurden
- ▷ Europäisches Türkentum
- ▷ Gewinnung der Jugendl. für d. türkisch-nationalistischen Werte



Organisationsmodell Avrupa Türk Birliği (ATB)



Biographieggespräch mit Servet (24 Jahre) Student, Frankfurt/Main

„Sie haben uns mit Zwang daran erinnert, dass wir Türken sind.“

Also, äh sie haben uns mit Zwang daran erinnert, dass wir Türken sind. (..) Ich habe also dann auch den Verein der „Türk Federasyon“ besucht. Hab in diesem Verein 5mal die Woche Kampfsport betrieben. Hing aber äh nicht viel im Verein rum. (...) Ich war damals 14 oder 15 gewesen. Dann hab ich ein Vereinsseminar besucht. So ist es dann passiert.

Biographiegelgespräch mit Servet (24 Jahre) Student, Frankfurt/Main

„Multikulturalität... Zwänge der Leitkultur“

Ich glaube nicht an Multikulturalität oder so was. Also, es kann einen kulturellen Austausch geben, aber die als Synthese bezeichnete Sache, kann's nicht geben. So kann keine Kultur existieren. Denn das ist eine äh künstliche Schaffung. Das ist eine Drohung. ...Jede Kultur und Nation (äh) muss seine Ursprünge behalten und weiter (äh) beleben. Und dass jede Kultur für sich selbst. ...Aber, diese multi-kulti Sachen, (äh) dass sind alles künstliche Dinge. Also, dass sind Zwänge der „Leitkultur“.

23

Dr. Kemal Bozay

Biographiegelgespräch mit Servet (24 Jahre) Student, Frankfurt/Main

Nazianschlag Solingen: „Abscheu vor den Deutschen...“

Eine Familie hat in Ruhe in Deutschland gelebt. Und ohne ein Grund haben diese Menschen verbrennend ihr Leben geopfert. Das heißt, du bist nicht ein Teil dieses Landes. Dies hat bei mir einen Schock ausgelöst. Äh das hat bei mir eine Gegenreaktion zur äh Integration ausgelöst. Ich habe angefangen, Abscheu vor den Deutschen zu zeigen. Äh ich hatte dann wirklich Abscheu vor den Deutschen. Dann hab ich alles unternommen, was meinen Unterschied zu den Deutschen ausmachte. Vom Aufhängen der türkischen Fahne, bis hin zum nur Türkisch-Sprechen. Ich war dann stolz Türke zu sein, deshalb sprach ich nur Türkisch. Das hat sich äh äh bis dahin ausgedehnt.

24

Dr. Kemal Bozay

Biographiegelgespräch mit Servet (24 Jahre) Student, Frankfurt/Main

Ich denke, dass die jüngere Generation das Gleiche auch nach dem 11. September gefühlt hat. Warum? „Abendland gegen Morgenland“. Das ist doch schwachsinnig (?). Das sind doch nur Szenarien. Also, „islamische Gefahr“, „Terrorismus“ und so weiter. Ja, dann kommt noch der „Kampf der Kulturen“ hinzu. Zu was führt dies alles? Also (äh) zu Polarisierungen. Denn wir sind Türken und Moslems, also werden wir in eine Ecke geworfen.

25

Dr. Kemal Bozay

Biographiegelgespräch mit Servet (24 Jahre) Student, Frankfurt/Main

„Wir wollten nur Mitglied der CDU werden“

Wir haben uns bei denen gemeldet. Zu acht Türken waren wir, also wir wollten Mitglied der CDU werden. Dahingegangen sind wir, die Leute haben gesagt „Wollt ihr uns übernehmen?“ Es wäre die Gefahr da, den Ortsverband zu erobern. Bei Allah, was hat dass äh damit zu tun. Wir wollen ja nur Mitglied werden. Eine solche Furcht. In der Frankfurter CDU hat es eine außerordentliche Versammlung über uns gegeben. Es ging darüber, „Sollen wir die Türken aufnehmen oder nicht?“. Niemals (?) (äh) haben wir verheimlicht, dass wir Ülkücüs sind. (...) Wir waren im CDU-Ausländerausschuss in Hessen und in Frankfurt. Einige Freunde von uns sind in lokale oder regionale Vorstände der CDU gewählt. In dieser Periode bin ich im Vorstand also.

26

Dr. Kemal Bozay

Biographieggespräch mit Servet (24 Jahre) Student, Frankfurt/Main

„Vielleicht wäre ich auch in die NPD eingetreten“

Vielleicht wäre ich auch in die NPD eingetreten. Also unser Ziel, in eine Partei einzutreten, basiert darauf, die türkische Existenz dort zu vertreten. ... Überall müssen wir in einen Dialog eingehen. ... Die deutsche Rechte hat auf intellektueller Basis eine Zeitung, namens „Junge Freiheit“. Äh diese Zeitung ist eine Zeitung, die äh ernst zu nehmen ist. Ich habe aus jeder Sicht Respekt vor den Republikanern. Viel später hatte ich Freundschaften mit deutschen Skinheads. Sie waren sehr radikal, .. sogar Nazis gewesen. Aber sie sagen „Wenn alle Türken so wären wie ich, sie hätten keine Probleme“. Ich antworte: „Wenn alle Nazis so wären wie sie, wir hätten auch keine Probleme“.

27

Dr. Kemal Bozay

Gruppendiskussion mit Jugendgruppe Nizam-i Alem Ülkü Ocagi, Köln

Zugang zur Organisation

Bn: Äh ich bin also hier, um äh mich vom Dreck zu retten. Bruder, der Dreck ist der Weg, der nicht an Allah glaubt, äh also vor Allah keine Angst, auch also nichts Türkisches mehr hat...

Ak: Ich äh bin hier wegen der Nationalismussache und der Religionssache. Guck äh viele Jugendliche laufen hinter Drogen, äh auch Zuhälterei und so her. ... Sie kommen vom Türkenweg ab. ... Freunde haben mich hierher gebracht und äh es hat mir gefallen, also äh die Atmosphäre und so. Wir unternehmen hier was... Türken sind wir Türken...

Cm: Also, ich meine, viele Jugendliche hängen in Jugendzentren rum, nehmen Grass... also (äh) sind hinter Glücksspielen her. Aber in diesem Verein gibt's so was nicht. Hier fühle ich mich in meiner zweiten Wohnung. Ich hab hier gelernt, Türke zu sein, als äh Türke zu fühlen. Ich meine, gelernt hab ich den Deutschen zu zeigen, dass wir Türken und Moslems sind... Gelernt hab ich nicht zu fluchen und Respekt vor Größeren zu haben. Gelernt hab ich unsere wahre nationalistische

28

Geschichte
Dr. Kemal Bozay

Gruppendiskussion mit Jugendgruppe Nizam-i Alem Ülkü Ocagi, Köln

Diskriminierungserfahrungen

Dm: Es gibt viele Dinge zu erzählen, viele äh zu erklären..., guck, ich war am Friesenplatz, also mit zwei Mädchen die hier zum Verein kommen. Bei Gott, also ein Mann in einem Behindertenstuhl kommt und schiebt uns zur Seite, ‚Türken weg‘ sagt er. Diesem Mann eine zu schlagen, äh ich weiß nicht, also er ist sowieso mit einem Bein im Friedhof. Dann äh zum Beispiel der Lehrer dieses Freundes ist äh ganzer Türkenfeind. Wenn jemand, äh mit Kopftuch, also mit Kopftuch zur Schule kommt, dann sagt er, ‚Weg mit dem Kopftuch!‘. Dann äh fragt er, was, man könne nicht mit einem Graue Wolf-Abzeichen zur Schule kommen, äh was, man könne nicht mit Militärkleidern zur Schule... Warum das denn?

Bn: Ich hab mal nen Lehrer eine geknallt. Ausgerastet bin ich ganz einfach. Aber er kam zu mir, sagte, ‚Deine Mutter trägt ein Kopftuch!‘ – Hey was geht dich das an! Es gibt äh bei mir vier Dinge darüber kann man nicht diskutieren: Familie, Allah, Koran und äh mein Türkisch-Sein.

29

Dr. Kemal Bozay

Gruppendiskussion mit Jugendgruppe Nizam-i Alem Ülkü Ocagi, Köln

Kurdenfeindlichkeit und Antisemitismus

Ak: Also, die denken über ein eigenes Land... Hey du da, dein Land äh ist die Türkei. Weißt du wie viele Kurden im türkischen Befreiungskrieg gestorben sind. ... Jetzt kommen die PKK'ler und wollen ein Land. Sie sagen äh eigenes Land. Unsere Sache ist mit der PKK. Denn die kriegen für eine Scheißsache. Abdullah Öcalan, ich meine, äh der ist kein Kurde, er ist ursprünglich Armenier oder Jude also.

Bn: ...Die Türkei wird von den Juden regiert also. Wenn du äh zu den Juden schaut, dann sind es höchstens 3 Millionen oder so. Wenn man äh eine Bombe auf die Juden, äh auf Israel schmeißt, dann gibt's auf dieser Welt keine Juden mehr. Doch es bleiben noch einige, äh also in Amerika. Sowieso ist die Sprache der amerikanischen Juden und der russischen Juden gleich, hebräisch, die gehen zu ihrem Staat, kooperieren und regieren es. Äh warum ist Hitler ausgerastet? Weil.. er hat gesehen, dass Kaufland, Kaufhalle, D&M, was weiß ich Ford, Aldi.. äh alles in jüdischer Hand ist. Bruder, wir machen doch nur die Juden reich.

30

Dr. Kemal Bozay

Biographieggespräch mit Servet (24 Jahre) Student, Frankfurt/Main

„Der Graue Wolf ist Teil meiner Identität“

Also, der Graue Wolf ist für mich türkische Mythologie. Er ist das Symbol des türkischen Volkes. Er ist auch Teil meiner Identität. ... Ja überhaupt, der Graue Wolf hat für mich eine große Bedeutung. Die Eigenschaft des Grauen Wolfes ist: er bewegt sich alleine. Normalerweise alleine, aber wenn er was unternehmen will, also auf Jagd ist, dann bewegt er sich in der Gruppe. Wenn etwas gemeinsames getan werden muss, dann kommen sie alle zusammen. Nach Beendigung des Kampfe führt jeder sein individuelles Leben... Der Wolf ist frei, wirklich unabhängig. (Servet, Frankfurt/Main)

31

Dr. Kemal Bozay

Gruppendiskussion mit Jugendgruppe Nizam-i Alem Ülkü Ocagi, Köln-Ehrenfeld

„Der Graue Wolf ist frei“

„Der Graue Wolf also ist meine Identität. Der Graue Wolf ist frei. Früher habe ich mich auch als Anhänger der Grauen Wölfe gefühlt. Äh, ich war zwar keiner, aber habe mich dort wiedergefunden. Also, ich möchte auch so frei leben, wie der Graue Wolf. Zum Beispiel kann man keinem Wolf Ketten anlegen. Der Wolf ist frei und lässt keine Ketten anlegen. Genauso wie die Türken. Wir lassen nicht zu, dass man uns Ketten anlegt.“ (Ali, 18 Jahre, Köln)

32

Dr. Kemal Bozay

Was macht diese Organisationen für Jugendliche attraktiv?

- Die Organisationen stellen ein festes Werte- und Normgefüge bereit (Gut und Böse, Recht und Unrecht sind klar definiert);
- sie bieten in ihren Einrichtungen Pflege des religiösen und kulturellen Erbes, des Geschichtsbewusstseins (Osmanische und türkische Nationalismusgeschichte), Sprache;
- sie präsentieren sich als Sprecher der Türken und Muslime in Deutschland und fordern mehr Rechte für Türken, demonstrieren damit Stärke gegenüber der Mehrheitsgesellschaft;
- sie versprechen Auswege aus der sog. Legitimationsnotstand „wer bin ich?“, „was zeichnet mich gegenüber den anderen aus?“, damit verbunden vermitteln sie auch ein Überlegenheitsgefühl, das durch die Abwertung anderer geprägt wird

33

Dr. Kemal Bozay

Was macht diese Organisationen für Jugendliche attraktiv?

- sie vermitteln ein Gemeinschaftsgefühl: die Umma oder Türk Ocagi, die Gemeinschaft der Türken wird beschworen, indem die „große islamische und türkisch-nationale Geschichte“ und „türkisch-islamischen Errungenschaften“ vermittelt werden;
- sie bieten Handlungsmuster und Handlungsfelder innerhalb einer klaren Hierarchie außerhalb des Elternhauses (Alternativ zu Jugendtreffs u.ä.)
- sie bieten von der umgehenden religiös und nationalistisch orientierten Community Freizeitaktivitäten (Wochenendfreizeiten, Fortbildungs- und Sportkurse, Computerkurse, Bildungsangebote, Mädchengruppen, Jugendgruppen)
- sie vermitteln Gruppenzugehörigkeit, demonstriert nach Außen durch Symbole und Parolen (nationalistisch legitimierte Argumentationshilfen)
- sie geben den Jugendlichen das Gefühl wahrgenommen zu werden und gesellschaftlich aktiv mitbestimmen zu können, indem sie ihnen Funktionärsrollen in Aussicht stellen.

34

Dr. Kemal Bozay

Die Gleichstellungs- und Antidiskriminierungsarbeit der Landeshauptstadt München

Martha Doll

Stelle für interkulturelle Arbeit

Michaela Pichlbauer

Gleichstellungsstelle für Frauen

Andreas Unterforsthuber

Koordinierungsstelle für gleichgeschlechtliche Lebensweisen

München lebt Vielfalt

- Einwohnerdaten
- Anteil Lesben / Schwule
- Struktur der Stadtverwaltung
- Städt Mitarbeiter
- Stadtverwaltung Anteil Frauen 64%
-

Struktur der Gleichstellungs- und Antidiskriminierungsarbeit in München

Gleichstellungs- und Antidiskriminierungsstellen

- Antidiskriminierungsstelle für Menschen mit Migrationshintergrund (AMIGRA)
- Behindertenbeauftragter, Geschäftsstelle
- Betriebliche Gleichstellung
- Fachstelle gegen Rechtsextremismus
- Gleichstellungsstelle für Frauen
- Koordinierungsstelle für gleichgeschlechtliche Lebensweisen
- Stadtjugendamt, Stelle „Gender, Interkult, Behinderung, sexuelle Identität“ (GIBS).
- Stelle für interkulturelle Arbeit
- Zentrale Beschwerdestelle nach dem AGG
- Zentrale Beschwerdestelle für sexuelle Belästigung

Politische Gremien zur Unterstützung der fachlich, inhaltlichen Arbeit

Stadtrat der Landeshauptstadt München mit seinen Ausschüssen

Stadtratskommission zur Gleichstellung von Frauen

Stadtratskommission zur Integration mit Arbeitskreis Integration

Runder Tisch für Lesben, Schwule und Transgender

Ausländerbeirat

Behindertenbeirat

**Welche Strategie wird verfolgt, um den Zielen
der Antidiskriminierungsarbeit, der
Gleichstellung von Frauen und Männern, von
Migrantinnen und Migranten, Menschen mit
Behinderung und Menschen mit
unterschiedlicher sexueller Identität gerecht zu
werden?**

Gemeinsamkeiten

- **Fundament: Würde des Menschen**
- Ziel: Stadtgesellschaft im Gleichgewicht
- Alle Stellen folgen diesem Ziel mit unterschiedlichen Aufträgen und Wirkungsweisen
- Gemeinsame Grundsätze der Arbeit
- Stadtgesellschaft und Stadtverwaltung profitieren davon

Fundament: Europäische Charta der Grundrechte

„Diskriminierung, insbesondere wegen des Geschlechts, der R., der Hautfarbe, der ethnischen oder sozialen Herkunft, der genetischen Merkmale, der Sprache, der Religion oder der Weltanschauung, der politischen oder sonstigen Anschauung, der Zugehörigkeit zu einer nationalen Minderheit, des Vermögens, der Geburt, einer Behinderung des Alters oder der sexuellen Ausrichtung, sind verboten.“

Gemeinsamkeiten

- Fundament: die Würde des Menschen
- **Ziel: Stadtgesellschaft im Gleichgewicht**
- Alle Stellen folgen diesem Ziel mit unterschiedlichen Aufträgen und Wirkungsweisen
- Gemeinsame Grundsätze der Arbeit
- Stadtgesellschaft und Stadtverwaltung profitieren davon

Stadtgesellschaft im Gleichgewicht

- Wertschätzung leben,
- Chancengleichheit ermöglichen,
- Teilhabe herstellen,
- Diskriminierung verhindern,
- Alltagsrassismen bekämpfen,
- ungerechtfertigte Benachteiligung abbauen,
- Vielfalt gestalten,
- Potenziale anerkennen und einbeziehen,
- Inklusion fördern.

Gemeinsamkeiten

- Fundament: die Würde des Menschen
- Ziel der Stadtgesellschaft im Gleichgewicht
- **Alle Stellen folgen diesem Ziel mit unterschiedlichen Aufträgen und Wirkungsweisen**
- Gemeinsame Grundsätze der Arbeit
- Stadtgesellschaft und Stadtverwaltung profitieren davon

Strategien und Arbeitsansätze

- Antirassismus- und Antidiskriminierungsarbeit
- Gender Mainstreaming
- Gleichstellung von Lesben und Schwulen
- Inklusion
- Interkulturelle Orientierung und Öffnung

Gemeinsamkeiten

- Fundament: die Würde des Menschen
- Ziel: Stadtgesellschaft im Gleichgewicht
- Alle Stellen folgen diesem Ziel mit unterschiedlichen Aufträgen und Wirkungsweisen
- **Gemeinsame Grundsätze der Arbeit**
- Stadtgesellschaft und Stadtverwaltung profitieren davon

Gemeinsame Grundsätze

- Querschnittsaufgabe in der Verantwortung aller
- Orientierung nach innen in die Stadtverwaltung und nach außen in die Stadtgesellschaft
- Verschiedenheit und Vielfalt wertschätzen und fördern
- Schutz und Hilfe für einzelne
- Strukturveränderung zum Abbau von Benachteiligung
- Passgenaueres und effizienteres Verwaltungshandeln

Gemeinsamkeiten

- Fundament der Gleichstellungs- und Antidiskriminierungsarbeit ist die Würde des Menschen
- Ziel der Stadtgesellschaft im Gleichgewicht
- Alle Stellen folgen diesem Ziel mit unterschiedlichen Aufträgen und Wirkungsweisen
- Gemeinsame Grundsätze der Arbeit
- **Stadtgesellschaft und Stadtverwaltung profitieren davon**

Stadtgesellschaft und Stadtverwaltung profitieren davon

- Kommune kommt ihrem sozial- und gesellschaftspolitischen Auftrag nach
- Arbeit fördert gesellschaftlichen Frieden
- Menschen können ihre unterschiedlichen Potenziale einbringen
- Stadt profitiert als Arbeitgeberin davon

Wie können die unterschiedlichen Diskriminierungsmerkmale und die unterschiedlichen Anforderungen an die Gleichstellungsarbeit bei den unterschiedlichen Zielgruppen bearbeitet werden?

Focussierung

auf ein Merkmal wie Geschlecht, Ethnie, sexuelle Identität, Behinderung, Alter, Religion, Weltanschauung bzw. alle Merkmale wie bei der AGG-Beschwerdestelle

Fachwissen

Theorie, Instrumente, Beschwerdemanagement, Strukturkenntnisse, Netzwerke etc.

Fürsprache

Parteinahme, Empathie, Engagement, Kooperationsmöglichkeiten und Kommunikationskompetenz, Kontakte in die Szenen, Engagierte mit Entscheidungsbefugnis auf allen Ebenen

Beispiel: Stelle für Interkulturelle Arbeit

- Gleichberechtigte Teilhabe ist Kernziel des 2008 verabschiedeten Interkulturellen Integrationskonzeptes
- Systematisch angelegte Umsetzung interkultureller Öffnung in den städtischen Referaten als Mittel, um strukturelle oder institutionelle Chancengleichheit zu erhöhen
- Erster Interkultureller Integrationsbericht 2010: Integration „messbar“ machen
- Interkulturelle Kompetenz als Standardkompetenz in der Stadtverwaltung zu verankern

Beispiele Gleichstellungsstelle für Frauen

- LH München hat 47% Frauen in Führungspositionen: Engagement in der Stadtgesellschaft über *Münchner Memorandum für Frauen in Führungspositionen* und *Zielvereinbarungen mit Tochtergesellschaften* der Stadt
- Equal Pay Day: Frauen verdienen im Schnitt 23% weniger (EU-weiter Durchschnitt liegt bei 19%): breites Kooperationsbündnis mit ca. 20 PartnerInnen seit drei Jahren
- Gleichstellungsorientierte Haushaltssteuerung

Beispiel: Koordinierungsstelle Gleichgeschlechtliche Lebensweisen (KGL)

- Funktionierende schwullesbische Communities sind auch ein wirtschaftlicher Standortvorteil für Kommunen, Studien belegen dies (bunte Stadtgesellschaft = attraktives Umfeld).
- Zwei Studien der Münchner Koordinierungsstelle belegen jedoch ein hohes Maß an Ausgrenzung, Benachteiligung und Gewalt:
2004: Befragt wurden 2.512 Schwule und Lesben, über 80% hatten eigene Erfahrungen an Benachteiligung oder Gewalt
2010: Befragt wurden 800 Fachkräfte der Kinder- und Jugendhilfe: hohes Maß an Homophobie im Jugendbereich und homosexuellenfeindlicher Vorkommnisse
- Vorgehen: Unterstützung für Stadtspitze, Stadtrat und Verwaltung; Unterstützung für Community; Förderung der Akzeptanz

Beispiel: Gemeinsame Projekte und Themen

- Fachtag „Heimat +/- Liebe“
- Fachtagungen „Integration aus feministischer Sicht“
- Strategische Verankerung der Gleichstellungs- und Antidiskriminierungsarbeit in der Perspektive München
- Fortbildung „Gender Kompetenz und Interkulturelle Verständigung“ für Kolleginnen und Kollegen in der Personalauswahl

Münchner Antidiskriminierungs- und Gleichstellungsrat im Kontext der Diskussion um Diversity

Es ist wichtig, dass die Stellen nach außen erkennbar auf bestimmte Zielgruppen focussieren, und aus ihrer jeweils unterschiedlichen Fachlichkeit heraus strukturelle Prozesse und die politische Diskussion beeinflussen.

Der Umgang mit Mehrfachdiskriminierungen gehört zur Alltagspraxis aller Stellen. Deshalb haben die Gleichstellungs- und Antidiskriminierungsstellen ihre Zusammenarbeit in den letzten Jahren intensiviert. Damit folgt die Stadt München einem Diversity Gedanken, der die gesellschafts – und sozialpolitische Verantwortung der Kommune ins Zentrum stellt.

Bine ați venit
 Добаві
 erdhët Welcome
 به راغلاست Karibuni
 renuti! Isten hozta! Καλ
 bo dhawaada 欢迎 Bie
 ยินดีต้อนรับ Hartelikk wv

Landeshauptstadt
 München
Sozialreferat
 Stelle für
 interkulturelle Arbeit

Die Rolle der Kommunen für die Integration religiöser Gruppen

Beispiele für die praktische Umsetzung

Martha Doll
 Leiterin der Stelle für interkulturelle Arbeit
 Landeshauptstadt München

 münchen lebt **vielfalt**

www.muenchen.de/interkult

Bine ați venit
 Добаві
 erdhët Welcome
 به راغلاست Karibuni
 renuti! Isten hozta! Καλ
 bo dhawaada 欢迎 Bie
 ยินดีต้อนรับ Hartelikk wv

Landeshauptstadt
 München
Sozialreferat
 Stelle für
 interkulturelle Arbeit

Muslime in München

- Die Zahl der in München lebenden Muslime kann nicht seriös geschätzt werden, sicher sind sie jedoch die zweitgrößte Glaubensgemeinschaft in der Stadt
- Sie stammen u.a. aus der Türkei, aus den Ländern des Balkan, Nordafrikas, Zentralasiens, aus Indonesien, Pakistan, Iran
- Unterschiedliche Richtungen: Sunniten, Schiiten, Aleviten, Sufiorden, Ahmediyya
- ca. 40 -45 islamische Vereine in München

www.muenchen.de/interkult



Ziele der Kommune: Voraussetzungen für gleichberechtigte Teilhabe schaffen

- Kontakt und Austausch
- Information über den Islam
- Gesellschaftlichen Diskurs fördern, insbesondere interreligiöse Verständigung
- Besondere Bedarfe der Muslime erfahren
- Beteiligungsmöglichkeiten an für Muslime relevanten Entscheidungsprozessen schaffen

www.muenchen.de/interkult



Runder Tisch Muslime

- Seit Mitte der 90er unter Leitung des 3. Bürgermeisters
- Diskussionsforum zwischen muslimischen Bürgerinnen und Bürgern und Stadtverwaltung
- Alltagsthemen lösen: Aktuelle Themen ansprechen, Anliegen der Muslime erfassen, Lösungen suchen (Bsp. Islamische Bestattung, Religionsunterricht)

www.muenchen.de/interkult



Islamischer Religionsunterricht

- Seit Ende 80er Jahre „religiöse Unterweisung“ in türkischer Sprache, seit 2001/02 Modellversuch „Islamische Unterweisung in deutscher Sprache“
- Gründung des Vereins „Muslimischer Eltern in München e.V.“ als Träger des Islamunterrichts, Gestaltung des Lehrplans, Auswahl des Lehrpersonals
- Keine Einmischung in inhaltlich theologische Fragen, sondern Bereitstellung von Infrastruktur, Hilfe bei Vereinsgründung, Räume, Kontakt zu Ministerium
- 2008/2009 Islamunterricht an einer Grundschule und einer Hauptschule, alevitischer Religionsunterricht an 2 Schulen

www.muenchen.de/interkult



Interreligiöse Verständigung

Ziele:

Verständigung und Dialog unter den Religionen
Aufklärung über den Islam
Wissen übereinander, Kontakt und friedliches
Miteinander fördern

Mittel:

Veranstaltungsreihen, Projekte, Diskussionsforen,
Öffentlichkeitsarbeit

www.muenchen.de/interkult

Bine ați venit / Welcome / Karibuni / Istem hozta! / 欢迎 / Bertelilik wv

Landeshauptstadt München
Sozialreferat
Stelle für interkulturelle Arbeit

Nymphenburger Gespräche

- Zusammenschluss von Idizem, Evangelische Stadtakademie, Freunde Abrahams e.V., Stelle für interkulturelle Arbeit
- Impulse geben für Themen des interkulturellen und interreligiösen Dialogs



www.muenchen.de/interkult

Bine ați venit / Welcome / Karibuni / Istem hozta! / 欢迎 / Bertelilik wv

Landeshauptstadt München
Sozialreferat
Stelle für interkulturelle Arbeit

„MünchenKompetenz“

- Weiterbildung von Imamen und muslimischen Seelsorgerinnen und Seelsorgern von November 2008 bis Juli 2009
- 8 ganztägige Module, theoretische Inputs, Exkursionen
- 17 Männer, 6 Frauen aus Bosnien, Albanien, Ägypten, Mazedonien, Türkei, Israel, Marokko, Algerien, Indonesien, Afghanistan, Deutschland
- Finanzierung: je zur Hälfte Europäischer Integrationsfonds und Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

www.muenchen.de/interkult

Bine ați venit Sima xe
 NOBATb Həyün 5
 erdhët Welcome Bei
 ڤنه راغلاست Karibuni
 renuti! Isten hozta! Kαλc
 ɔo dhawaada 欢迎 Bie
 ยินดีต้อนรับ Hertelikk wv

Landeshauptstadt München
Sozialreferat
 Stelle für interkulturelle Arbeit

„MünchenKompetenz“

Ziele:

- Förderung der gesellschaftlichen Integration und Partizipation von Muslima und Muslimen
- Öffnung von muslimischen Gemeinden und Vernetzung mit kommunalen und zivilgesellschaftlichen Akteuren
- Förderung interkultureller / interreligiöser Kompetenzen, Abbau von Vorurteilen

www.muenchen.de/interkult

Bine ați venit Sima xe
 NOBATb Həyün 5
 erdhët Welcome Bei
 ڤنه راغلاست Karibuni
 renuti! Isten hozta! Kαλc
 ɔo dhawaada 欢迎 Bie
 ยินดีต้อนรับ Hertelikk wv

Landeshauptstadt München
Sozialreferat
 Stelle für interkulturelle Arbeit

„MünchenKompetenz“

Inhalte:

- Angekommen in Bayern
- Geschichte, Verfassung und Politik der BRD
- Dienstleistungen der Stadtverwaltung
- Integration in München
- Bildungs- /Ausbildungssystem und Arbeitsmarkt
- Interkulturelles und Interreligiöses Leben
- Rechtsstaatliche Prinzipien
- Gesundheits- und Sozialsystem

www.muenchen.de/interkult



Landeshauptstadt München
Sozialreferat
 Stelle für interkulturelle Arbeit

المسلمون
MünchenKompetenz
 Weiterbildung für Imame und muslimische Seelsorger(innen)

Anmeldung

Veranstalter
 Stelle für interkulturelle Arbeit der Landeshauptstadt München in Zusammenarbeit mit BezirkKompetenz Kooperationspartner

- Akademie für Politische Bildung Tutzing
- Muslimische Akademie in Deutschland

Förderer des Projekts MünchenKompetenz

- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
- Europäischer Integrationsfonds

Bine ați venit Simba xe
 nobaTb Həwun 5
 erdhət Welcome Bei
 ڤنه راغلاست Karibuni
 renuti! Isten hozta! Καλι
 bo dhawaada 欢迎 Bie
 ยินดีต้อนรับ Hertelikk wv

Landeshauptstadt München
Sozialreferat
 Stelle für interkulturelle Arbeit

Nachhaltigkeit des Projektes

Deutsche Islam Konferenz

Landeshauptstadt München
Sozialreferat
 Stelle für interkulturelle Arbeit

Dialog
 Öffnung
 Vernetzung

Leitfaden für die gesellschaftskundliche und sprachliche Fortbildung von religiösem Personal und weiteren Multiplikatoren islamischer Gemeinden auf kommunaler Ebene



Von „MünchenKompetenz“ zur „Kommunalkompetenz“

Weiterbildung für Imame und muslimische Seelsorgerinnen und Seelsorger
 Eine Handreichung zur Umsetzung in Kommunen



von Michaela Hillmeier, Prof. Dr. Hail Özlük und Dr. Margret Spohn

www.muenchen.de/interkult

Bine ați venit Simba xe
 nobaTb Həwun 5
 erdhət Welcome Bei
 ڤنه راغلاست Karibuni
 renuti! Isten hozta! Καλι
 bo dhawaada 欢迎 Bie
 ยินดีต้อนรับ Hertelikk wv

Landeshauptstadt München
Sozialreferat
 Stelle für interkulturelle Arbeit

Zentrum für Islam in Europa (ZIEM)

Idee eines Zentrums im Herzen Der Stadt, das neben einer Moschee aus einem Museum islamischer Kunst, einer Bibliothek sowie einem Sozial- und Kulturzentrum bestehen soll.

Herzstück des Projekts jedoch: Akademie zur Ausbildung von Imamen

visualisierung



andachtsraum innensperspektive

www.muenchen.de/interkult

Bine ați venit Sima xe
 ПОБАТЬ Hōmīnī
 erdhët Welcome Bei
 به راغلاست Karibuni
 renuti! Isten hozta! Καλε
 ho dhawaada 欢迎 Bie
 ยินดีต้อนรับ Hartelīk w



Landeshauptstadt
 München
Sozialreferat
 Stelle für
 interkulturelle Arbeit

MünchenKompetenz e.V.

Sidigullah Fadai
Imam der Afghanischen
Gemeinde in München

www.muenchen.de/interkult

Empowerment gegen rassistische Diskriminierung am Beispiel des Antidiskriminierungsnetzwerk Berlin

14. November 2011, München

Konferenz „Diskriminierung als Herausforderung“

Paolo Freire, 1973

„ Die Unterdrücker, die Kraft ihrer Macht unterdrücken, ausbeuten und rauben, können in dieser Macht nicht die Kraft finden, die Unterdrückten oder sich selbst zu befreien. Nur die Macht, die der Schwäche der Unterdrückten entspringt, wird so stark sein, beide zu befreien.“

Empowerment

Power = Macht im Sinne von Stärke / Privilegien

→ Prozess, in dem der Einzelne aus seiner „erlernten Hilflosigkeit“, dem Erleben von Machtlosigkeit und Fremdbestimmung heraustritt und aus den eigenen Kraftquellen schöpfend sein Leben in Selbstverwirklichung u. Selbstbestimmung nachhaltig in die Hand nimmt. (vgl. Elsen, 2004)

→ Emanzipatorischer und befreiender Prozess, um von ungleichen Machtverhältnissen in der Gesellschaft ausubrechen und diese zu verändern

Rassismus

Merkmale entlang der konstruierten *Rasse* wie z.B. Hautfarbe, Nationalität, Herkunft, Sprache, Namen und/oder Religion führen zu einer Markierung in einer historisch gewachsenen, rassistisch strukturierten Gesellschaft, die zwischen „Wir“ und „Ihr“ polarisiert und Ressourcen, Privilegien und Machtpositionen ungleich verteilt.

Begriffe wie *weiße* Mehrheitsangehörige und *People of Color* sind wichtig, um Machtungleichgewicht und Rassismus sichtbar zu machen.

Empowerment gegen rassistische Diskriminierung

Betroffene von Rassismus brauchen „Orte“ des Empowerments zur Bewusstwerdung und Selbstreflexion um

- eigene Situation zu verstehen
- Zugang zu notwendigen Ressourcen zu erlangen
- Kommunikation / Austausch / Interaktion im geschützten Raum zu ermöglichen (z.B. Beratungssetting / Empowerment-Training)
- Selbstermächtigung tatsächlich erfahrbar / erlebbar machen
- Prozess der Heilung vom verinnerlichten Opfer-Sein / Ohnmächtig-Sein / Resignation / Wut / Scham (...) begleiten

Empowerment für People of Color

- Sichtbar werden
- Stimme finden
- Hörbar werden
- Partizipation
- Anerkennung
- Heilung
- Vernetzung
- Solidarität

People of Color, Person of Color (PoC)

PoC ist eine politische (Selbst-)Bezeichnung von und für Menschen, die rassistische Diskriminierung erfahren.

Kein Bezug zu Hautfarbe, sondern Beschreibung der benachteiligten Position im gesamtgesellschaftlichen Kontext zu *weißen* Menschen, die unhinterfragt als dazugehörig gelten und die Norm / Normalität abbilden/bestimmen.

Kritik: Weiße Monoperspektivität

- Perspektive der *weißen* Mehrheitsgesellschaft dominiert alle Lebensbereiche von PoC
- Reproduktion von Macht, Privilegien, Dominanz
- Perspektive von PoC wird nicht berücksichtigt / ausgeblendet oder als „Opfer“ vorgeführt / präsentiert
- Konzepte/Angebote oft ausgerichtet auf Angehörige der Mehrheitsgesellschaft → Prävention und Resozialisation

Powersharing

- Pendant zu Empowerment
- „Macht-zusammen-mit-anderen-teilen“, statt „Macht-über-andere-ausüben“
- Machtstarke eröffnen diskriminierten Gruppen Zugänge zu Privilegien, Macht und Ressourcen
- Nur Sensibilisierung reicht nicht aus: Erst das individuelle und kollektive Handeln bewirkt eine gesellschaftliche Veränderung
- Widerspruch: Kontrolle, Paternalismus, Gegenleistung

Empowerment in der praktischen Arbeit: Das Antidiskriminierungsnetzwerk Berlin

- gegründet 2003
- Träger MSO: Türkischer Bund in Berlin-Brandenburg
- Förderung: Integrations- und Migrationsbeauftragter des Berliner Senats; Landesprogramm
- Umfang: 4 hauptamtliche Mitarbeiter_innen (2,5 Stellen)

Schwerpunktbereiche

- Beratung und Unterstützung von People of Color, die diskriminiert werden (Berlin-Bezug),
- Vernetzung von Berliner Akteur_innen im Antidiskriminierungsbereich,
- Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit sowie politisch-gesellschaftliche Interventionen (u.a. Diversity-Trainings und Empowerment-Trainings)

Beratung: Zielgruppe

Menschen mit Migrationsgeschichte, People of Color und Muslime, die aufgrund...

- > ihrer (zugeschriebenen) ethnischen Herkunft...
- > ihrer Hautfarbe...
- > ihrer Sprache...
- > ihres Geschlechts...
- > ihrer Religion...
- > ihrer sexuellen Identität...
- > ihrer Behinderung bzw. chronischen Krankheit...
- > und/oder ihres Alters...

diskriminiert wurden oder diskriminiert werden.

Mehrdimensionaler Ansatz in der Beratung

Im Mittelpunkt der Beratung stehen die Betroffenen und ihre (subjektive) Sichtweise der erlebten Diskriminierung.

Prinzipien der Beratung:

- Parteilichkeit
- Unabhängigkeit
- Transkulturalität
- Empowerment

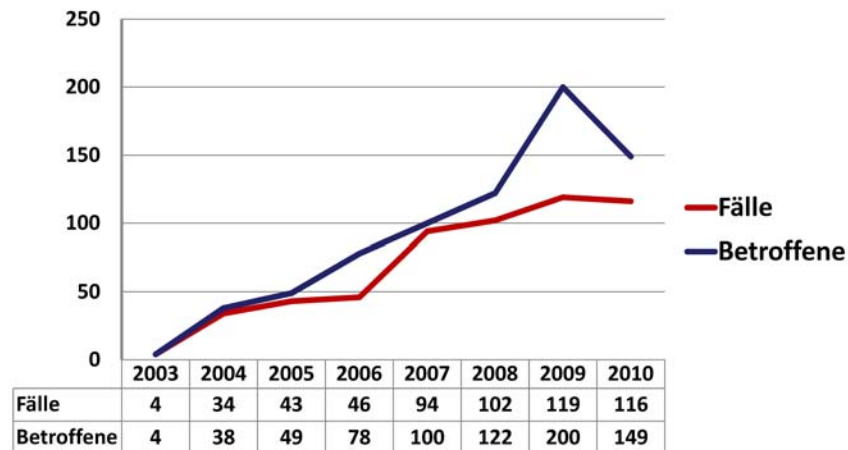
Beratung konkret

- Telefonisch, schriftlich, aber mehrheitlich persönlich
- Kostenlos
- mehrsprachig u.a. auf Deutsch, Türkisch, Englisch und Spanisch (weitere Sprachen möglich)
- Beratungs- und Begleitungsprozess:
 - Erstgespräch
 - Fallanalyse
 - Klärung von Erwartungen und Zielen
 - Interventionsstrategien entwickeln und umsetzen
 - Dokumentation

Interventionen

- Informations- und Beratungsgespräche
- Rechtliche Beratung
- Kontaktaufnahme zu Beschuldigten (z.B. Beschwerdebrief)
- Begleitung zu Gesprächen
- Begleitung vor Gericht (Beistandschaft nach AGG)
- Vermittlung an Rechtsanwält_innen, Psycholog_innen, Ärzt_innen und andere spezialisierte Beratungsstellen
- Testings zur Überprüfung verdeckter Diskriminierung

Beratungsfälle 2003 - 2010



Empowerment-Trainings gegen Rassismus für PoC

- Seit 2003 kontinuierlich Empowerment-Trainings speziell in geschützten Räumen für PoC.
- Seit 2005 in Kooperation mit der Landeszentrale für politische Bildung Berlin.
- Dauer: 2 Module á 3 Tage
- Kostenfrei
- Speziell für Multiplikator_innen of Color → Vorbildfunktion / Dominoeffekt
- Nächstes Training: 01.-03.12.2011 und 12.-14.1.2012 → es gibt noch freie Plätze!
- Empowerment-Konferenzen /Move on up

Netzwerk gegen Diskriminierung von Muslimen



„Alle Menschen sind so gleich wie die Zähne eines Kammes.“

Hadith, Prophet Mohammed

Netzwerk gegen Diskriminierung von Muslimen

- Kooperationsprojekt ADNB und Inssan e.V.
- Seit August 2010 (Vorlaufprojekt in Kreuzberg bereits ab Mai 2010)
- Empowermentansatz in Moscheen und muslimischen Vereinen verwirklichen
- Infoveranstaltungen, Infobroschüren, Fragebögen und Schulung von AD-Beauftragten in den Gemeinden

Preis für Empowerment-Ansatz

- 1. Europäischer Antirassismuspreis in der Kategorie NGO
- Preisverleihung in Brüssel, Juni 2011



Antidiskriminierungsnetzwerk Berlin des TBB

Tempelhofer Ufer 21

10963 Berlin

Tel. 030/ 61 30 53 28

adnb@tbb-berlin.de

nuran.yigit@tbb-berlin.de

www.adnb.de

Parteilichkeit

Beratungsansatz ist parteilich im Sinne der Betroffenen. Das ADNB ist keine neutrale oder unabhängige Mediationsstelle. Parteilichkeit ist notwendig und resultiert aus der Analyse bestehender Machtungleichheit. Als Instrument zur Überwindung von Machtdifferenzen stellt die parteiliche Arbeitsweise die Interessen und Bedürfnisse der Betroffenen bewusst in den Vordergrund und betrachtet individuelle Diskriminierungserlebnisse in einem strukturellen Kontext.

Unabhängigkeit

Das ADNB ist in ihrer Beratungstätigkeit unabhängig von Institutionen, Ämtern oder politischen Zuordnungen. Um effektiv gegen jede Form der Diskriminierung vorzugehen, ist es wichtig, die Arbeit nicht einzuengen und bei der Entwicklung von Interventionsstrategien nicht eingeschränkt zu sein.

Transkulturalität

Das Team des ADNB ist transkulturell, mehrsprachig und fachlich interdisziplinär zusammengesetzt.

Die Stellenbesetzung mit Mitarbeiter_innen of Color bedeutet eine Sichtbarkeit und Hörbarkeit als Hauptamtliche nach innen und nach außen.

Empowerment

Empowerment in der Beratung heißt Aktivierung und Stärkung des Selbsthilfe- und Handlungspotenzials der Betroffenen gegen deren erlebte Ungleichbehandlung.

Die von Diskriminierung Betroffenen verfügen in der Regel bereits über eine eigene Biografie von erlebter Diskriminierung, die mit Gefühlen von Ohnmacht und Resignation einhergeht.

Im Laufe der Beratung und Begleitung der Betroffenen gilt es, die Person zu stärken und Möglichkeiten aufzuzeigen, sich gegen die erlebte Ungleichbehandlung zur Wehr zu setzen.

Dafür ist es von Bedeutung die Betroffenen in ihren Gefühlen ernst zu nehmen, sie emotional zu unterstützen und sie ggf. auch zusätzlich an spezialisierte Krisentherapeut/innen weiterzuvermitteln.

Die Ungleichverteilung von Ressourcen, Privilegien und Machtpositionen in der Gesellschaft spiegelt sich in diversen Diskriminierungsformen wieder.

Eine einseitige Sensibilisierung der Machtstarken zur Bekämpfung von Rassismus reicht nicht aus.

Die Verwirklichung einer diskriminierungssensiblen Gesellschaft funktioniert nur in Kombination von **Empowerment** der Machtarmen und **Powersharing** der Machtstarken. Erst durch die Umsetzung dieser beiden Ansätze ist ein Dialog auf „gleicher Augenhöhe“ möglich.

Hierbei kommt dem Empowerment-Ansatz eine besondere Rolle zu, denn

- die Bewusstwerdung über die eigene machtarme Position,
- die Solidarisierung mit anderen Betroffenen und
- die Politisierung von Diskriminierung aus der Betroffenen-Perspektive

hat die Stärke gesamtgesellschaftliche Veränderungsprozesse im Sinne der Betroffenen voranzubringen.

Islamfeindlichkeit

Dr. Sabine Schiffer

Eine neue Form des (Alltags-)Rassismus ist ein starkes Ressentiment gegen Islam und Muslime, wie sowohl nationale, als auch internationale Studien belegen.¹⁰ Da sich ein Begriff wie „Anti-Islamismus“ auf Grund der Existenz einer extremistischen Form von Islamismus verbietet, wird das Phänomen mit anderen Bezeichnungen zu erfassen versucht. Neben „Islamfeindlichkeit“, „Anti-Muslimismus“, „antimuslimischer Rassismus“ oder „antiislamischer Rassismus“, gibt es den Begriff „Islamophobie“. Letzterer ist eine Ableitung von „Xenophobie“ und in verschiedenen Bedeutungen seit ca. 100 Jahren existent. Zur Bezeichnung des Phänomens der Islamfeindlichkeit wurde er 1997 vom britischen Runnymede Trust in die wissenschaftliche Diskussion eingeführt. Er ist zu recht umstritten auf Grund des Wortteils „Phobie“, das falsche Rückschlüsse nahe legt, sowie auch auf Grund seiner Instrumentalisierung durch bestimmte Kreise, was wiederum gerne von Leugnern dieser Form des Rassismus benutzt wird, um mit dem Wort auch gleich die Existenz des Problems abzulehnen.

Wie beim Begriff des „Antisemitismus“, der auch nicht korrekt das Phänomen umreißt, das er bezeichnet, und in Anerkennung der Tatsache, dass sich die international verwendbare Bezeichnung „Islamophobie“ vermutlich durchsetzen wird, geht es hier um die Bedeutung vorrangig vor einer Begriffsdebatte. Ich verwende alle Begriffe synonym, zumal sich als Sprachusus heraus kristallisiert, dass „islamophob“ als Adjektiv vermehrt Verwendung findet, während das Substantiv variiert. Im wissenschaftlichen Diskurs wird sich jedoch sehr wahrscheinlich „antimuslimischer Rassismus“ durchsetzen.

Als Definition für diese neue Unterart des Rassismus schlage ich folgendes vor – wobei ich Elemente von Vorschlägen von Heiner Bielefeldt, Etienne Balibar und Birgit Rommelspacher ebenso einbeziehe wie einen Definitionsversuch der OSCE.

Islamfeindlich ist...

„die verallgemeinernde Zuweisung (negativ-)stereotyper Fakten und Fiktionen auf "den Islam" und/oder "die Muslime" bzw. die, die man spontan dieser Gruppe zuordnet.“¹¹ Islamfeindlichkeit kann verbal und physisch zum Ausdruck kommen, sie dient – wie jeder Rassismus – der Verfestigung etablierter hierarchischer Strukturen und somit der Abwehr von Inklusion. Die (religiöse) Verfasstheit der inkriminierten Gruppe ist nachrangig.

Während natürlich Missstände auch unter Muslimen nicht zu leugnen sind, kann ebenso wenig geleugnet werden, dass ein Verweis auf solche niemals Hass auf eine ganze Gruppe von Menschen rechtfertigt. Zudem fehlt den Vorwürfen, die man Muslimen gegenüber macht, schlicht die (Islam-)Spezifik. Weder die Misshandlung von Frauen, deren Genitalverstümmelung, das Schächten von Tieren, die Einhaltung von Ge- und Verboten, noch das Vorhandensein von Verbrechern und auch homophen oder antisemitischen Einstellungen – um nur einige der häufig angeführten Themen zu nennen – sind auf Muslime beschränkt noch überall unter Muslimen zu finden. Formulierungen wie „Im Islam...“ verweisen bereits auf den stereotyp verallgemeinernden Charakter einer Äußerung.

Während Übergriffe auf Frauen mit Kopftuch, Schändungen von Moscheen oder Gräberfeldern und auch offene Beschimpfungen mit Verbalinjurien ganz klar rassistisch motiviert sind, ist die

¹⁰ Friedrich Ebert Stiftung (FES): Die Mitte in der Krise. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland. 2010; Wilhelm Heitmeyer (Hg.): Deutsche Zustände. Bd. 9. Suhrkamp 2010; siehe auch Sammelbegriff „gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“. FRA (ehem. EUMC) Berichte über die europaweite Entwicklung von Islamophobie: <http://fra.europa.eu> s.v. „islamophobia“; PEW Global Attitudes Survey: <http://pewglobal.org>; Institute of Race Relations (IRR): Integration, Islamophobia and civil rights in Europe, London 2008 - <http://www.irr.org.uk>; siehe auch: European Muslim Research Centre der Exeter University: <http://centres.exeter.ac.uk/emrc/>.

¹¹ ausführlicher: <http://www.medienverantwortung.de/wp-content/uploads/2009/07/Islamophobie-Pl%C3%A4doyer-f%C3%BCr-eine-internationale-Bezeichnung.pdf>

Grenzziehung zur konstruktiven Kritik nicht immer leicht. Ist es nun rassistisch, wenn ein Arzt im hessischen Wächtersbach Muslime nur dann behandelt, wenn sie wenige Kinder haben, die Frauen kein Kopftuch tragen und alle über gute Deutschkenntnisse verfügen? Der Arzt hängt eine entsprechende Erklärung in seine Praxis und versicherte, dass er einfach einen reibungsloseren Arbeitsablauf wolle. Interessant sind in jedem Fall die Assoziationen, die die Aushänge verraten: Es scheint eine direkte Linie zwischen Kopftuch, Islamismus und Terrorismus zu geben. Ähnlich formulierte es der Mörder der ägyptischen Apothekerin *Marwa El Sherbiny*, als er die Kopftuchträgerin als „Islamistin“ und „Terroristin“ beschimpfte, die er am 1. Juli 2009 im Landgericht Dresden erstach. Die Interpretationslinie vom Islam zur „Terrorideologie“ ist offensichtlich angelegt und wird in hunderten islamophoben Internet-Blogs fortgeschrieben und forciert.

Und was ist mit einem „Burkaverbot“ für den öffentlichen Dienst? Oder damit, dass breit berichtet wird, wenn ein Politiker die Erlassung eines diesbezüglichen Verbotes fordert? Die Niqab-Trägerin in Hessen, die eine solche Diskussion auslöste, hatte zu dem Zeitpunkt der Aufregung auf die Stelle bereits verzichtet. Hier wird das Dilemma deutlich, dass manchmal die Grenzziehung zwischen Rassismus und Meinungsäußerung nicht so einfach zu ziehen ist. Das Merkmal der Instrumentalisierung eines durchaus legitimen Anliegens beziehungsweise einer durchaus legitimen Kritik gehört zur Frage der Grenzziehung zwischen Diskriminierung auf der einen und Aushandlung von akzeptablem Verhalten auf der anderen Seite.

Zur verallgemeinernden Zuweisung mag dabei durchaus die Tendenz zu rechnen sein, dass extreme Ausnahmefälle sofort zur Begründung allgemein gültiger Regeln dienen sollen. Auch die Übertragung dessen, was man über Islamisten erfährt, auf die Wahrnehmung aller Muslime, gehört dazu. Damit deuten dann auch wohlmeinende Kommentare wie „er ist gemäßigt“ oder „sie trägt zwar Kopftuch, aber sie ist offen“ auf diesen schwer fassbaren antimuslimischen Rassismus hin, indem sie das Negativbild fortschreiben und jede Abweichung davon als Ausnahme der Regel deklarieren. Und es ist gut, wenn derlei Äußerungen gemacht und dann geklärt werden können. Sonst befeuern sie verschwörungstheoretische Mythen, wie die Idee, dass „man ja gar nichts sagen“ dürfe – was nachweislich umgekehrt der Fall ist: Kritik an dem, was man für den Islam hält, ist weit verbreitet und gehört irgendwie zum „guten Ton“, während die Kritik an der Islamfeindlichkeit bis heute einen Ruch des Schmutzigen hat, des Nichtsagbaren, ja, potenziell Terrorverteidigenden. Und wehe man hält bestimmte Diskursrituale nicht ein, z.B. Gewalt abzulehnen bevor man Islamfeindlichkeit kritisiert! Dabei befördert der Zwang, eine solche Selbstverständlichkeit zu äußern, gerade wieder das Klischee einer Gewaltaffinität.

Dass es sich um einen Abwehrmechanismus gegenüber den besonders erfolgreichen Anderen – früher die „Ausländer“, heute die „Muslime“ – richtet, kann man den neuesten Ergebnissen der Forschungsgruppe um Wilhelm Heitmeyer entnehmen. Die Ängste des Mittelstandes in der Wirtschaftskrise scheinen den antimuslimischen Rassismus geradezu zu befeuern. Während wir sarrazinesk über „Integrationsverlierer“ diskutieren oder über unterdrückte muslimische Frauen, ist es gerade die „kopftuchtragende Akademikerin“, die Abwehr und gar Gesetzgebung hervorruft.¹² Dabei fällt der doppelte Maßstab immer weniger auf, dass in Bezug auf die besonders markierte Gruppe der Muslime oftmals laizistisch argumentiert wird, während man sich ansonsten an die Verfasstheit des säkularen Staates hält.

Antimuslimischer Rassismus trifft aber nicht nur Muslime und andere Minderheiten, sondern immer die ganze Gesellschaft

- etwa dann, wenn der aus dem „Ausländerdebatte“ übernommene Kosten-Nutzen-Diskurs sich auf andere Gruppen überträgt und auch im Rahmen von Hartz IV und Pflegeversicherung sich jenseits der Menschenrechte ein Nützlichkeitsdiskurs einstellt.
- etwa dann, wenn es angesichts von Islamistenangst und Terrorwarnungen um Überwachungsgesetzgebung geht – wie die ARTE-Sendung „Freiheit oder Sicherheit“ auf Youtube heute noch dokumentiert.

In diesem Zusammenhang sind die Studien von Wolfgang Frindte et. al. von der Uni Jena sowie die Analysen von Liz Fekete vom Londoner Institute of Race Relations von größter Bedeutung: Der Zusammenhang mit dem neokolonialen „War on Terror“ auf der einen und dem Ausbau der „Fes-

¹² Beispiele von Alltagserfahrungen und statistische Daten finden Sie in der Broschüre „Starke Frauen, schwerer Weg.“: <http://www.interkultureller-rat.de/wp-content/uploads/StarkeFrauen.pdf>

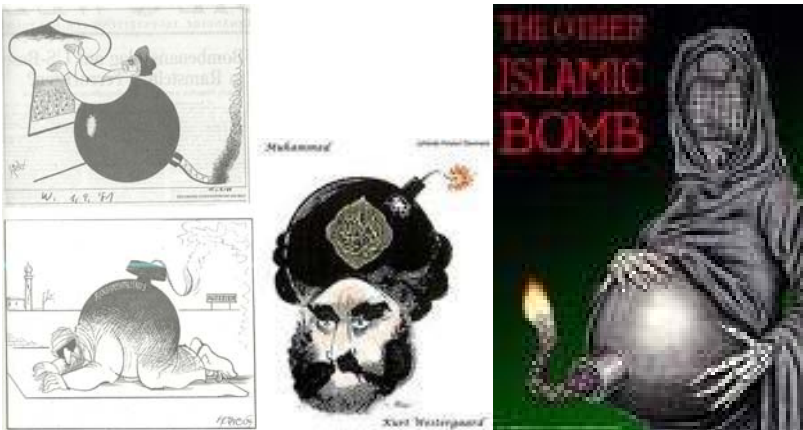
tung Europa“ auf der anderen Seite ist ernst zu nehmen.

Woher kommt der antimuslimische Rassismus?

Viele meinen, verstärkte antimuslimische Ressentiments seien direkt verknüpft mit der Einwanderung durch Muslime zu Zeiten des sog. Wirtschaftswunders. Das stimmt nicht, wie ich ausführlicher in einem Beitrag für das online-Medium Migazin.de darlege. Das war damals kein Thema, weil die Industrie die Arbeiter brauchte, und zeigt, wie die Aufmerksamkeit je nach Zeitgeist auf bestimmte Aspekte von Gruppen gelenkt werden kann.

Unser Islambild wurde im Wesentlichen durch die Auslandsberichterstattung geprägt – mindestens seit der Iranischen Revolution 1979.¹³ Es hat extrem wenig mit der Religion der Muslime und schon gar nichts mit deren religiösem Selbstverständnis zu tun. Starke, bis heute wirksame Frames (Rahmen, Wahrnehmungsschablonen) sind entstanden, in denen neuere Entwicklungen schnell eingepasst werden: so etwa der Frame der Frauenunterdrückung durch Betty Mahmoodys „Nicht ohne meine Tochter“, der in der Retrospektive nahtlos an alte orientalische Mythen anknüpfen konnte: entweder erschien der Orient als exotisch oder als gefährlich. Auch der Frame der Gewaltaffinität wurde lange kultiviert. Und der Frame der Feindschaft gegenüber Kunst- und Meinungsfreiheit entstand ganz konkret im Zusammenhang mit der Affäre um Salman Rushdies Buch „Die satanischen Verse“ 1989, wo diese Interpretation auch stimmte.

Sie stimmte nicht, beim sog. Karikaturenstreit – zumindest nicht bei einer der Zeichnungen, wie meine Kollegin Xenia Gleissner und ich ausführlicher in „Das Jahrhundert der Bilder“ von Gerhard Paul darlegen:



Das Ausschöpfen einer kollektiv verankerten Symbolik der Gefahr liegt bei diesen Beispielen vor: Die Metapher einer bereits gezündeten Bombe legt Folgehandlungen der Abwehr nahe, die nicht ausgesprochen werden müssen.

Eine derlei dämonisierende Metaphorik deutet auf ein bereits fest verankertes Feindbild hin.

14

Verstärkt wurde Aufmerksamkeit auf Islam und Muslime in den 1990er Jahren gelenkt, durchaus auch gezielt durch Think Tanks, die geostrategische Interessen verfolgten. Dennoch halte ich den größten Teil des Ressentiments für ein Missverständnis, wo aus der Wiederholung bestimmter Fakten, die in den Vordergrund gerückt werden, eine Überzeugung entstanden ist. Wie William James sagte: „Nichts ist so absurd, dass es nicht geglaubt würde, wenn es nur oft genug wiederholt worden ist!“¹⁵

Und hierbei spielen unsere Medien eine nicht zu unterschätzende Rolle. Sie bestimmen, welche Aspekte ausgewählt und welche ausgeblendet werden, welche vergrößert und welche verkleinert werden. Vergleicht man etwa die Europol-Statistiken zum Terrorismus mit den lupenartigen Ver-

¹³Hafez, Kai: Die politische Dimension der Nahostberichterstattung. Bd. 2, 2002; Schiffer, Sabine: Die Darstellung des Islams in der Presse. 2005; dazu aktuell: http://www.medienverantwortung.de/wp-content/uploads/2009/07/20110729_IMV-Schiffer_Oslo_Krise-der-Islamhasser.pdf

¹⁴ aus Link, Jürgen: „[...] Zur Archäologie der Bombenköpfe.“ In: Jäger, Siegfried & Halm, Dirk (Hg.): Mediale Barrieren. Rassismus als Integrationshindernis. 2007: S. 151-165.; Weestergard-Zeichnung aus dem Karikaturenstreit; Darstellung aus dem Internet, das etliche islamophobe Blogs „schmückt“.

¹⁵ zitiert nach: Ozubko, Jason & Fuelsang, Jonathan: „Remembering makes evidence compelling: Retrieval from Memory can Give Rise to the Illusion of Truth.“ In: Journal of Experimental Psychology; Vorabveröffentlichung online 8.11.2010. vgl.: Schwartz, Marian: „Repetition and rated truth value of statements.“ In: Journal of Psychology vol. 95/Nr. 3, 1982: S. 393-407. (<http://www.jstor.org/pss/1422132>) (http://www.reason.uwaterloo.ca/Site/OzubkoFugelsang_11.pdf)

größerungen einzelner Terroranschläge in unseren Medien und den entsprechenden politischen Debatten, dann kann man das Potenzial der Verzerrung abschätzen.¹⁶ Ein Thema erörtern zu wollen, ohne die mediale Konstruiertheit desselben zu erfassen, bleibt immer schief.

Die Behauptung, Islamfeindlichkeit wäre eine direkte Folge der Anschläge vom 11. September 2001, kann die Medienanalyse widerlegen. Qualitativ gibt es vor und nach dem 11. September 2001 keine Veränderung in der Darstellung, nur in Bezug auf die Quantität.



1995

1998

2001

Inwiefern die neuen Bilder aus Nahost – vom arabischen Frühling – unsere Vorstellungen zu korrigieren vermögen, bleibt abzuwarten. Die religiösen Frames zur Interpretation der weiteren Entwicklungen stehen ja schon bereit. Sie könnten sich als dominant erweisen, weil sie schon so lange eingeübt wurden. Und dies birgt die Gefahr, die vielen anderen Facetten zu übersehen – reaktionäre Kräfte des Establishments wie auch die überaus relevanten wirtschaftspolitischen Fragen.



Ein zweiter Strang des Diskurses über Islam und Muslime stammt aus dem Inland und setzt den „guten alten“ Ausländerdiskurs fort. Stark verkürzt könnte man sagen:

Aus dem Italiener ist ein Türke und aus dem Türken ist ein Muslim geworden – im Laufe der jahrzehntelangen Betrachtung, die schon immer dann vermehrt einsetzte, wenn es konjunkturelle Schwierigkeiten gab. Spätestens seit der Ermordung des Filmemachers Theo van Gogh durch einen marokkanisch-stämmigen Niederländer, der seine Tat zudem „islamisch“ begründete, sind unsere Muslime in den Ruch eines möglichen „homegrown terrorism“ geraten. Inzwischen kommt kein Bericht über Einwanderung oder einen Sprachkurs mehr ohne das Foto einer kopftuchtragenden Frau aus, was zusätzlich Fremdheit markiert.¹⁷

Was ist zu tun?

Die Analyse muss stimmen, um die richtigen Maßnahmen ergreifen zu können. Es mag durch die Aufmerksamkeitsverschiebung der letzten Jahrzehnte von der nationalen zur religiösen Kategorie durchaus auch Interesse am Islam an sich entstanden sein: Wissen über den Islam als solches ist aber nur bedingt nötig, um dem antimuslimischen Rassismus zu begegnen. Das aufkommende Feindbild China wird auch nicht durch Informationen über die Eigenheiten chinesischer Kultur kor-

¹⁶Die Anschläge der ETA würden die Nachrichtenwertfaktoren erfüllen – als Gefahr etwa für deutsche Touristen in Spanien – spielen medial aber allenfalls eine untergeordnete Rolle.

¹⁷Weiterführende Literatur: Benz, Wolfgang Hg. (2009): Islamfeindschaft und ihr Kontext. Metropol-Verlag; Schiffer, Sabine & Wagner, Constantin (2009): Antisemitismus und Islamophobie – ein Vergleich. HWK-Verlag; Sokolowsky, Kay (2009): Feindbild Moslem. Rotbuch-Verlag.

rigiert. Werden diese Eigenschaften, die jetzt auch schon alle da sind, als relevant in den Aufmerksamkeitskegel gerückt, dann sollte man die Intentionen hinter dieser Fokussierung analysieren. Genauso hier: Die Funktion des antimuslimischen Rassismus im heutigen Diskurs gilt es zu ermitteln. Folgt man dem Blick des Rassisten auf das Objekt seiner Betrachtung und diskutiert über dessen tatsächliche oder imaginierte Eigenschaften, haben Rassist und Rassismus schon gewonnen. Es gilt also, genau die Kontexte zu prüfen, um die es jeweils geht.

Hierfür können Erkenntnisse aus der Antisemitismusforschung fruchtbar gemacht werden, denn die Bekämpfung von Antisemitismus fokussiert auch nicht die Juden oder das Judentum, sondern die Träger des Ressentiments und deren (bewusste oder unbewusste) Konstruktionen – also uns alle. Aus dem Gesagten leite ich mindestens einmal folgende bedenkenswerte Punkte ab:

- Interreligiöser Dialog gehört dahin, wo die Menschen religiös interessiert sind. Im unglücklichsten Fall, könnte er – also politisches Instrument missbraucht – der Religionisierung anders gearteter Debatten noch weiter zuarbeiten.
- Festzustellen ist: Wir führen keine Islamdebatte und wir brauchen auch keine! Das selbst kultivierte Islambild, und die darauf resultierende Islambilddebatte sollte als solches erkannt werden, ebenso wie ihre Funktion.
- Wissen über islamische Geschichte als Vorläufer unserer Wissenschaften gehört in den Geschichts- und naturwissenschaftlichen Fachunterricht in den Schulen. Das starke Differenzempfinden ist selbst gemacht!
- Die Anerkennung der Muslime und die Schaffung religiöser Institutionen, die dann auch Kultus und Religionsunterricht etc. regeln, sind die Bringschuld des säkularen Staates – und könnten auch hier vom Umgang mit dem Judentum (allerdings erst nach dem zweiten Weltkrieg) lernen. [Die dringend notwendige Normalisierung wird jedoch keinen Rassismus beseitigen!]
- Rassismus- und diskriminierungskritische Ansätze gehören in den Bildungskanon ebenso wie Wissen über gruppenspezifische und psychologische Prozesse, um Verwerfungen als Produkt solcher Prozesse zu erkennen und nicht der jeweils markierten Gruppe zuzuweisen.
- Eine Erweiterung des Zentrums für Antisemitismusforschung oder Schaffung eines weiteren An-Instituts für Vorurteils- und Islamophobieforschung ist dringend geboten, allein schon um die fehlende Dokumentation antiislamisch motivierter Taten zu kompensieren – aber auch, um zu prüfen, wo genau im jeweiligen Fall die Grenze zwischen legitimer Kritik und Rassismus verläuft.
- Interkulturelle Konzepte sind kritisch zu überprüfen, inwiefern sie nicht einer Alienation zuarbeiten.
- Als Demokratie benötigen wir einen systematischen Lehrplan Medienbildung, das (mediale) Meinungsbildungsprozesse kritisch reflektiert, und evaluiertes didaktisches Material. (Das ist also eine Aufgabe der Kultusministerien und nicht der Landesmedienzentralen, die vor allem die Wirtschaftskooperation im Auge haben.)
- Unsere Medien wären nun etwas spät dran, wenn sie genau jetzt (zu Zeiten stärkeren Konkurrenzempfindens) – nach langen Jahren vergeblichen Forderns von wissenschaftlicher Seite – auch die gelungenen Beispiele von Inklusion und Erfolg zeigten. Dies könnte das Ressentiment gerade noch verstärken. Normalität (und nicht mehr besondere Betonung!) ist angesagt und die ist sehr vielfältig und dies kann gerade in den Unterhaltungsformaten gut dargestellt werden!
- Unsere Medien sollten ihrer Aufgabe als vierte Gewalt besser nachkommen, wie es immer wieder auch gelingt: etwa wenn SWR und SZ aufdecken, dass im Münchner GIMF Prozess die wichtigste Person nicht vor Gericht steht, nämlich die, die Kontakte zum Verfassungsschutz hatte.¹⁸

¹⁸ Frindte, Wolfgang et.al (2010): Inszenierter Terrorismus: Mediale Konstruktionen und individuelle Interpretationen. Wiesbaden: VS-Verlag.

- In Bezug auf die Berichterstattung über angeblich oder tatsächlich islamische Fragen sind die gleichen Standards anzuwenden, wie anderswo auch. Eine übermäßige Markierung von Muslimen führt zu einer stereotypen Zuweisung allgemein relevanter Fragestellung auf diese Gruppe. Die konsequente Anwendung von Qualitätsstandards (wozu auch Framing-Analysen gehören) gilt für alle Themen und sind immer wieder selbstkritisch zu prüfen!
- Natürlich scheint auch eine Evaluation des Verfassungsschutzes unumgänglich angesichts der Praxis, oftmals besonders engagierte Muslime oder Antifaschisten ins Visier zu nehmen. Stichworte: Penzberg und VVN.
- Der – in Teilen akzeptierten oder gar propagierten – Spaltung der Gesellschaft treten inzwischen etliche politische Aktionsgruppen entgegen: beispielhaft sei hier die Enough Coalition in Großbritannien genannt, die die soziale Spaltung durch Kooperation mit allen Bevölkerungsgruppen zu überwinden trachtet. Gemeinsames zielgerichtetes Handeln in Friedens- und Umweltgruppen und vielem mehr, kann sich über die versuchte Spaltung hinwegsetzen – anstatt sich in die thematische Nische einer endlos-„Integrationsdebatte“ abdrängen zu lassen.

Aus dem Diskurs über „die Italiener“ können wir lernen, wie man – ohne dass besondere „Integrationsleistungen“ erbracht wurden – eine Imageverbesserung erreicht hat. Und aus dem Diskurs über Frauen können wir lernen, dass die „Förderung“ der Betroffenen von Diskriminierung nur bedingten Erfolg hat, wenn die Entscheider weiterhin eine homogene Klasse bilden – vorwiegend weiße Männer zwischen 40 und 50 – die sich klassischerweise und auch ohne böse Absicht am liebsten selbst reproduziert. Insofern kommen wir um Bewusstseinsprozesse im Sinne des Diversity Mainstreamings auf allen Ebenen der Gesellschaft nicht drum herum. Aber ohne eindeutige Signale von den höchsten Ebenen wird es nicht gehen!

Wenn jedoch Ex-Innenminister Thomas de Maizière bei einem Treffen mit Imamen die Brandanschläge auf Moscheen mit einer Relativierung versieht, wie es die folgende Widergabe nahe legt, könnte den Legitimationsgefühlen von Islamhassern noch Vorschub geleistet werden – im Bericht des Innenministeriums heißt es:

„De Maizière verurteilt in diesem Zusammenhang in aller Schärfe die in jüngster Zeit verübten Brandanschläge auf Moscheen. Es dürfe aber auch nicht verschwiegen werden, dass Radikalisierung bis hin zur Bereitschaft, sich gewaltbereiten Gruppierungen anzuschließen, auch unter hier lebenden Muslimen vorkommt.“¹⁹

Hier handelt es sich um genau die Art von Zuweisung, mit der wir eingangs Islamfeindlichkeit definiert haben – die anwesenden Imame werden für die Taten anderer Muslime verantwortlich gemacht, eine Art von Sippenhaftung.

Und so lustig die „Warnung“ von CSU-Generalsekretär Dobrindt auch daher kommen mag, sie lässt tief in die Seele des Trägers eines islamfeindlichen Ressentiments blicken: „Die, die gestern gegen Kernenergie, heute gegen Stuttgart 21 demonstrieren und agitieren, die müssen sich dann auch nicht wundern, wenn sie übermorgen ein Minarett im Garten stehen haben.“²⁰ Dasselbe Ressentiment zeigt sich beim Bürgermeister von Bergkamen, der in der „Monitor“-Sendung vom 04. August 2011 den Brandanschlag auf eine Moschee mit dem Anzünden von Mülltonnen gleichsetzt.

²¹ Wenn von verantwortlicher politischer Seite keine anderen und klare antirassistischen Signale kommen, dann fühlen sich die Menschenverächter, die meinen „das Abendland verteidigen“ zu müssen, im Recht.

Wie es gelingen kann, dass jede gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und jede Art von Radikalismus ohne Wenn und Aber und ohne die Beförderung von Opferkonkurrenzen bekämpft werden kann, wird eine zentrale Aufgabe der nahen Zukunft sein. Dabei kann es sein, dass die selbstkritische Auseinandersetzung im Wesentlichen auf die Zivilgesellschaft beschränkt bleibt, weil die politische Agenda andere Ziele verfolgt. Insofern gratuliere ich dem deutschen Städtetag,

¹⁹ Pressemitteilung des BMI vom 8.12.2020: online

http://www.bmi.bund.de/cln_174/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2010/mitMarginalspalte/12/imame.html?nn=303936

²⁰ <http://www.youtube.com/watch?v=1rUjQ1dtzw>

²¹ <http://www.wdr.de/tv/monitor/sendungen/2011/0804/muslime.php5>

dass er das Thema aufgegriffen hat und ernsthaft behandelt, denn die Politik hat sich schon oft als zu kurzfristig erwiesen, um die teils selbst beförderten Geister rechtzeitig oder überhaupt wieder einfangen zu können!

Muslime im säkularen Staat – die Rolle der Kommune im interreligiösen Zusammenleben - „MünchenKompetenz“ eine Stadt schult Imame und muslimische Seelsorger/innen ²²

Dr. Margret Spohn

Die Anfrage der Kollegin klang dringend. Sie solle Sozialleistungen auszahlen, aber die Kundin, eine vollverschleierte Muslima, weigere sich, ihr Gesicht zu zeigen. Die Kollegin wisse nicht, wie sie deren Identität prüfen und überhaupt mit der Situation umgehen solle. Was folgte war eine E-Mail an 25 Imame und muslimische Seelsorger/innen in München. Binnen eines Tages hatten 16 geantwortet und vertraten die Meinung, die Glaubensschwester müsste auch vor einer deutschen, christlichen Frau, ihr Gesicht zeigen, ansonsten rieten auch sie davon ab, Leistungen auszus zahlen. Die Kollegin wird so vorgehen.

Am 20. Juli 2009 wurde in München eine junge Afghanin von ihrem Cousin erstochen und die Diskussion über Ehrenmorde und Islam brandete auf. Zwei Tage später erschien in der Süddeutschen Zeitung²³ ein Interview mit einem afghanischen Imam und einer afghanischen Seelsorgerin, die darlegten, dass das Verhalten des Cousins nicht mit dem Koran begründet werden könne und sie sich von dieser Tat klar distanzieren.

Die Imame und Seelsorger/innen haben in allen Fällen eins gemeinsam. Sie waren Teilnehmer/innen des Projektes MünchenKompetenz – Weiterbildung für Imame und Muslimische Seelsorger/innen, das die Stelle für interkulturelle Arbeit, Sozialreferat, der Landeshauptstadt München von November 2008 bis Oktober 2010 durchführte. Das Projekt wurde finanziell durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) sowie des EIF (den europäischen Integrationsfonds) gefördert. Kooperationspartner waren die Muslimische Akademie in Berlin sowie die Akademie für politische Bildung in Tutzing.

Die Projektidee

In München leben Menschen aus über 180 Ländern. Neben dem Christentum ist der Islam die zweitstärkste Religion in der Stadt. Einen zentralen Part im muslimischen Gemeindeleben übernehmen Vereine und Moscheegemeinden. Hier kommt Imamen und muslimischen Seelsorgern/innen eine Schlüsselrolle zu. Neben der Wahrnehmung ritueller Aufgaben spielen sie zumeist auch für die religiöse Unterweisung und religiöse Sozialisation der Kinder und Jugendlichen eine wichtige Rolle. Ihre Aufgaben und Funktionen sind nicht allein hierauf beschränkt, denn zugleich erfüllen viele von ihnen auch die Aufgabe der geistlichen (vergleichbar mit seelsorgerischen) und auch sozialen Betreuung der Gemeindemitglieder. Als religiöse Autoritäten übernehmen sie zugleich eine wichtige Aufgabe in den Orientierungen der Familien, die Mitglied einer Gemeinde sind oder diese ohne eine Mitgliedschaft nutzen. Als religiöse Autoritäten können sie den Angehörigen verschiedener Generationen unter den Gemeindemitgliedern positive Impulse geben und positiv auf sie einwirken. Dies gilt gleichermaßen für die Erwachsenen wie auch für Heranwachsende und auch Kinder. Darüber hinaus sind die Imame und Seelsorger/innen auch häufig für die Außenkontakte zuständig und erfüllen Aufgaben im Bereich des interreligiösen und interkulturellen Dialog, etwa wenn Besuchergruppen in eine Moschee kommen und über die Grundlagen des Islams und die Praxis gelebter Religiosität informiert werden.

²² Dieser Artikel wurde mit leichten Veränderungen entnommen aus: Spohn, Margret: MünchenKompetenz-Weiterbildung für Imame und muslimische Seelsorger/innen in München. In: Ucar, Bülen: Imamausbildung in Deutschland. Islamische Theologie im europäischen Kontext. Veröffentlichungen des Zentrum für Interkulturelle Islamstudien der Universität Osnabrück. Band 3. 1. Aufl. 2010 Universtätsverlag Osnabrück bei V&R unipress. S. 359-377.

²³ „Mohammed rechtfertigt keine Gewalt“ Islam-Gelehrte widersprechen dem Mann, der 'im Namen des Korans' gemordet hat. Süddeutsche Zeitung, 22.7.2009

Häufig sind die Imame und Seelsorger/innen jedoch mit dem weiten Feld an Aufgaben und der Erwartungen, die an sie gerichtet werden, in verschiedener Hinsicht überfordert. Die meisten Imame und Seelsorger/innen, die in den islamischen Gemeinden tätig sind, haben ihre berufliche Qualifikation außerhalb Deutschlands erworben und kommen erst im Erwachsenenalter als Migranten/innen nach Deutschland. Dies bedeutet, dass sie in einem anderen Staat sozialisiert wurden und mit den Strukturen in der Bundesrepublik nicht hinreichend oder sogar kaum vertraut sind. Hinzu kommen geringe oder defizitäre Kenntnisse des Deutschen, das sie als Fremdsprache in vielen Fällen erst in Deutschland erlernen. Im Falle staatlich besoldeter Religionsbeauftragter aus der Türkei, die für einen befristeten Zeitraum nach Deutschland kommen, gibt es zwar seit einiger Zeit vorbereitende Sprach- und landeskundliche Kurse, die sie bereits in ihrem Heimatland besuchen. Vom Umfang her sind jedoch auch diese vorbereitenden Maßnahmen nicht ausreichend, um sie auf ihren Auslandsdienst adäquat vorzubereiten. Das in den Kursen vermittelte theoretische Wissen entbehrt zwangsläufig der Möglichkeit praktischer Aneignung und Festigung.

Die faktische Situation, dass die meisten Imame und Seelsorger/innen nicht in Deutschland, sondern im Herkunftsland der Muslime sozialisiert wurden, die sie in der Bundesrepublik betreuen, bedeutet zugleich, dass sie mit den Besonderheiten der Lebenssituation der hier lebenden Muslime nicht hinreichend vertraut sind und auch aus diesem Grunde die an sie herangetragenen Erwartungen kaum erfüllen können. Aus den genannten Gründen besteht ein großer Bedarf an Maßnahmen für die Zielgruppe der Imame und Seelsorger/innen, mit denen ein Beitrag zu ihrer Integration geleistet wird und sie zugleich in lebensweltlichen Belangen einen Beitrag zur Integration ihrer Klientel, den Mitgliedern islamischer Gemeinden in die kommunalen Strukturen, leisten können. Und hier setzt genau das Interesse einer Kommune an, die ein großes Interesse daran hat, dass die Dienstleistungen, Hilfsangebote und Interventionen dort ankommen, wo sie benötigt werden. Auf dieser Grundlage entstand im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Vielfalt ist machbar“ gemeinsam mit der Muslimischen Akademie in Berlin bei einer Veranstaltung 2007 die Idee, eine Weiterbildung für Imame zu entwickeln. Diese Personengruppe sollte dahingehend qualifiziert werden, dass sie Schlüsselrollen in der Integration wahrnehmen können. Die Weiterbildung zielte nicht auf die Vermittlung theologischer Inhalte ab, sondern Ziel war ganz konkret, die Integration der Imame und muslimischen Seelsorger/innen zu fördern, ihre Kompetenz als gesellschaftliche Akteure/innen zu stärken, ihre Vernetzung mit Institutionen und Einrichtungen zu ermöglichen um dadurch die Integration der Muslime in bestehende Strukturen zu erleichtern.

Die Stadt – und hier besteht eine originäre Aufgabe der Kommune – kann den Rahmen für diese Form des Austauschs und der Integrations schaffen. Sie kann – eben weil sie nicht religiös gebunden ist – eine Plattform bilden, auf der religiöse Menschen die die säkulare Stadtgesellschaft integriert werden. Die Stelle für interkulturelle Arbeit²⁴, Sozialreferat, der Landeshauptstadt München lud Ende 2007 zu einem zweitägigen Seminar, zu dem Imame unterschiedlicher Moscheevereine, katholische und evangelische Geistliche, Vertreter/innen aller städtischen Referate (Dezernate), Wohlfahrtsverbände, das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Vertreterinnen eines Frauenhauses und weitere Akteure/innen geladen waren, um gemeinsam das Grundkonzept von „MünchenKompetenz“²⁵ zu erarbeiten.

Die Weiterbildung sollte folgende Ziele erreichen:

- Förderung der Integration der Imame und Seelsorger/innen durch die Vermittlung von Wissen über Bundes-, Landes- und kommunale Strukturen des Gemeinwesens sowie staatlicher und nichtstaatlicher Einrichtungen und der diesbezüglichen gesetzlichen Regelungen.
- Förderung der Kompetenzen der Imame und Seelsorger/innen als gesellschaftliche Akteure/innen um in konkreten Situationen problemlösungsorientierte Initiativen zu ergreifen

²⁴ Die Stelle für interkulturelle Arbeit, Sozialreferat, fördert die Integration und gestaltet aktiv das Zusammenleben aller Menschen in München, die Vielfalt der Stadtgesellschaft sowie die interkulturelle Orientierung und Öffnung der Verwaltung. Die Stelle unterstützt und vernetzt Verwaltung, Verbände und Organisationen bei ihren interkulturellen Aufgaben. Mehr unter: www.muenchen.de/interkult

²⁵ Die Muslimische Akademie in Berlin, die Kooperationspartnerin der Stelle für interkulturelle Arbeit, entwickelte zeitlich und in enger Abstimmung das Projekt „BerlinKompetenz“, das auch parallel durchgeführt wurde.

und zu begleiten.

- Förderung der Vernetzung der Zielgruppe mit Institutionen und Einrichtungen
- Eine wichtige Zieldimension des Weiterbildungsprogramms ist, die Imame und Seelsorger/innen als Multiplikatoren/innen mit dem Wissen und der Kompetenz auszustatten, ihre eigene Klientel an jeweils zuständige soziale Einrichtungen und staatliche Institutionen verweisen bzw. begleiten zu können. Zugleich helfen sie dabei, bestehende Hemmschwellen der Klientel beim Zugang zu Einrichtungen, Diensten und Angeboten abzubauen. Als religiöse Autoritäten genießen sie das Vertrauen ihrer Klientel und wirken als Multiplikator/in und/oder Mittler/in.
- Abbau von negativen Wahrnehmungen und Vorurteilen
- Eine weitere Zielsetzung des Weiterbildungsprogramms ist der Abbau negativer Wahrnehmungen und von Vorurteilen. Diese Zielsetzung bezieht sich sowohl auf die Zielgruppe des Projektes als auch auf Akteure/innen der Mehrheitsgesellschaft.

Die Inhalte der Fortbildung

Die Module waren gemeinsam mit der Projektgruppe erarbeitet worden und hatten zum Ziel, möglichst viele Bereiche des täglichen Lebens abzudecken und die Imame und muslimischen Seelsorger/innen mit den Personen in Schlüsselpositionen und -stellen in Kontakt zu bringen.

| Modul | Inhalte | Institutionen/ Einrichtungen | Exkursionen |
|---|---|---|---|
| 1. Modul 01.12.2008 Angekommen in Bayern | Vorstellung der Teilnehmenden und des Teams Erwartungsabfrage Vorstellung der Fortbildungsinhalte Zentrale Daten in München und Bayern (Migrationsgeschichte) | Projektteam Evaluator des Projekts Projektteam Projektleitung/ LH München | Interkulturelle und interreligiöse Stadtführung |
| 2. Modul 19.01.2009 Geschichte, Verfassung und Politik der BRD | Entstehung und Politisches System der BRD Rolle des GG/ Wahl und Parteiensystem Trennung Staat - Kirche | Referenten der Politischen Akademie Tutzing | Sozialministerium/ Freistaat Bayern |
| 3. Modul 9.02.2009 Dienstleistungen der Stadtverwaltung | Aufbau und Angebot der Stadtverwaltung Projekt MOVAPLUS Jugendamt Alte Menschen Referat für Gesundheit/ Umwelt (RGU) Referat für Arbeit und Wirtschaft Frauenhäuser | Stelle für Interkulturelle Arbeit/ LH München RGU/ LH München Jugendamt LH München Alten- und Servicezentrum Ramersdorf LH München LH München Frauenhilfe München | Sozialbürgerhaus Mitte |
| 4. Modul 16.03.2009 Integration in München | Integrationskonzept der LH München Integrationskurse des BAMF Bürgerschaftliches Engagement | Stelle für IK Arbeit/ LH München Regionalkoordination BAMF Stelle für IK Arbeit/ LH München | Initiativgruppe e.V. |

| | Rolle der Vereine in der Migrations-/ Integrationsarbeit | Vertreter/in des Muslimrates, des Ausländerbeirats sowie Açilim (Verein) | |
|---|--|--|--|
| 5. Modul 27.04.2009 Bildungs-/ Ausbildungssystem und Arbeitsmarkt | Frühkindliche Erziehung Mehrgliedriges Schulsystem Duales Ausbildungssystem Rolle der Eltern im Schul- und Ausbildungssystem | Stelle für IK Arbeit/ LH München Schul- und Bildungsberatung/ LH München Handwerkskammer München Ausländischer Elternverein, Muslimischer Elternverein | ARGE im Sozialbürgerhaus Orleansplatz |
| 6. Modul 18.05.2009 Interkulturelles und Interreligiöses Leben | Werte u. Erziehungsnormen sowie Familienstrukturen Brauchtum, Feste Stellung der Religionsgemeinschaften | Islamische Gemeinde Penzberg Occurso e.V. Occurso e.V. | Moschee (Islamische Gemeinde Penzberg) Kirche (Pfarrei St. Ursula) Synagoge (Israelitische Kultusgemeinde München) |
| 7. Modul 15.06.2009 Rechts-staatliche Prinzipien | Kinderrechte Gleichheit v. Mann und Frau Antidiskriminierung Vergleich: hiesiges Rechtssystem u. Islamisches Recht Bürgerrechte/ Bürgerpflichten | Kinderbeauftragte der LH München Gleichstellungsstelle LH München AMIGRA Referent (universitärer Bereich) Referent (universitärer Bereich) | Kreisverwaltungsreferat/ LH München und Polizei München |
| 8. Modul 06.07.2009 Gesundheits- und Sozialsystem | Gesundheitssystem Hilfe in Notlagen | Referat für Gesundheit und Umwelt/ LH München Amt für soziale Sicherung/ LH München | AWO Café 104 und "Ärzte der Welt" |

Die Rahmenbedingungen

Das Projektteam und die Evaluation

Das Projektteam bestand aus der wissenschaftlichen Leitung²⁶, angesiedelt bei der Stelle für interkulturelle Arbeit der Landeshauptstadt München, einer wissenschaftlichen Mitarbeiterin²⁷, die die komplette Organisation übernahm, die Termine besprach, und für den ganzen Ablauf tätig war sowie der Evaluation.²⁸

Die Dolementscher/innen

²⁶ Dr. Margret Spohn, Stelle für interkulturelle Arbeit, LH München.; margarete.spohn@muenchen.de

²⁷ Michaela Hillmayer.

²⁸ Dr. Halit Öztürk, FU Berlin.

Mit zum Team gehörten auch vier Dolmetscher/innen – zwei für Arabisch und zwei für Türkisch. Alle Referenten/innen wurden gebeten, ihren Vortrag sowie ein fachliches Glossar zu ihrer Rede den Dolmetschern/innen zehn Tage vor Beginn des entsprechenden Moduls zur Verfügung zu stellen, so dass diese sich auf den Vortrag vorbereiten und das Glossar ins Arabische und Türkische übersetzen konnten. Das Glossar war auch aus den Gründen notwendig, da viele Begriffe aus einer engen Fachsprache stammten und nur mit Erklärung überhaupt deutlich wurden.

Beispiel eines Glossars:

Partizipation²⁹

In der Soziologie bedeutet Partizipation die Einbindung von Individuen und Organisationen in Entscheidungs- und Willenbildungsprozesse. Partizipation kann die unterschiedlichsten Beteiligungsformen annehmen (z.B. Bürgerbeteiligung, Interessenverband, politische Partei, Vereine). Partizipation gilt als gesellschaftlich wichtig, weil sie zum Aufbau von sozialen Netzwerken führen kann und damit soziales Vertrauen gestärkt wird. Besonders in der Integrationspolitik wird ein hohes Maß an Partizipation angestrebt, da man davon ausgeht, dass Maßnahmen zur Integration unter Beteiligung von Menschen mit Migrationshintergrund sehr viel mehr Erfolg haben.

Zugangsbarrieren³⁰

Zugangsbarrieren sind konkrete Hindernisse, die verhindern, dass Menschen mit Migrationshintergrund Angebote der Stadt genauso nutzen (können) wie Angehörige der Mehrheitsgesellschaft. Beispiele sind: keine muttersprachlichen Fachkräfte oder Dolmetscher(innen), bürokratische Strukturen, Informationsdefizite auf beiden Seiten etc.

Beispiel der Übersetzung eines Glossars ins Arabische und Türkisch:

Evaluation

Evaluation ist die wissenschaftliche Beschreibung, Analyse und Bewertung von Projekten. So z.B. werden Daten (Fragebögen, Interviews) mit dem Ziel erhoben, um Informationen zur Verbesserung des Weiterbildungsprogramms zu liefern. Die gesamte Evaluation ist anonym, d.h. es werden keine persönlichen Informationen aus dem Interview an Dritte weitergegeben.

Proje Değerlendirmesi³¹

Proje değerlendirme, projelerin bilimsel izahati, analizi, ölçümü anlamına gelmektedir. Böylelikle ilerletme eğitimini geliştirmek için gerekli olan bilgiler elde etmek amacıyla anketler ve röportajlar yapılır. Proje değerlendirmesinin tamamı anonimdir, yani üçüncü bir şahsa şahsi ve özel bilgiler aktarılmayacaktır.

تقييم

التقييم هو الوصف العلمي لتحليل وتقدير المشاريع. تُجمع مثلاً البيانات (من مقابلات صحفية واستبيانات) لهدف تقديم معلومات لتحسين نظام استكمال التعليم. تُستعمل هذه المعطيات فقط لتقييم نتائج المشروع وتبقى سرية حيث لا توصل منها معلومات شخصية لأي طرف آخر.

Clearingstellen³²

im psychosozialen Bereich sind das Einrichtungen, die Informationen bereitstellen und bei wichtigen gesundheits- und sozialbezogenen Entscheidungen Hilfe anbieten z.B. ob und welche Erziehungshilfe eine Familie braucht, ob eine Behandlung nötig ist u.s.w.

مراكز الفحص النفسي

²⁹ Aus dem Modul 4 Integrationskonzept der LH München.

³⁰ Aus dem Modul 4 Integrationskonzept der LH München.

³¹ Aus dem Modul 1: Vorstellung der Evaluation

³² Übersetztes Glossar aus dem Modul 3: Aufgaben des Referats für Gesundheit und Umwelt.

هي منشآت في المجال النفسي تقوم بتقديم مساعدات معلوماتية لتسهيل إقرار مساعدات اجتماعية ، مثلاً هل وأي نوع من المساعدة تحتاجها العائلة وهل هناك حاجة لتقديم معالجة وألخ.

Kliring yerleri (açıklığa kavuşturma yerleri) bir ailenin çocuk eğitime yardımına ihtiyacı olup olmadığını, varsa hangi yardıma ihtiyacı olduğunu göstererek bununla ilgili gerekli bilgileri hazır tutan ve sağlıksal ve sosyal mânada önemli kararların alınmasına yardımcı olan psiko-sosyolojik alanda çalışan kuruluşlardır.

Die Referenten/innen

Der Großteil der Referenten/innen arbeitete in München und war in der Beratungsarbeit tätig. Vor dem zweiten Modul wurden alle Referenten/innen gemeinsam zu folgenden Themen eingeladen:

- Vorstellung des detaillierten Programms sowie der Arbeitsmaterialien
- Informationen zu den Teilnehmern/innen und deren Vorstellungen und Wünsche an die Referate (im ersten Modul abgefragt)
- Bekanntmachung der einzelnen Akteure/innen untereinander
- Vorstellung der Dolmetscher/innen, wichtige Hinweise und Tipps für die Referenten/innen, Absprachen zwischen Dolmetschern/innen und Referenten/innen
- Absprachen zu Inhalt und Umfang von Vorträgen, Präsentationen und Skripten sowie Übersetzungen
- Absprachen zu den geplanten Exkursionen bezüglich Ablauf, Inhalten, Infomaterialien
- Infomaterialien der verschiedenen teilnehmenden Organisationen, Institution und Einrichtungen für die Arbeitsmaterialien

Dieses Treffen wurde von den Referenten/innen im Nachhinein als sehr positiv bewertet, da sie das Gefühl hatten, sich nun genau auf die Zielgruppe vorbereiten zu können.

Die Gewinnung der Teilnehmer/innen

Die Stelle für interkulturelle Arbeit der Stadt München steuert seit 2002 aktiv den interreligiösen Dialog in München. Zwei Mal im Jahr findet beim dritten Bürgermeister der „Runde Tisch Muslime“ statt, bei dem sich Vertreter/innen von über 40 muslimischen Vereinen direkt mit dem Bürgermeister über aktuell anstehende Fragen austauschen; mit der Stadtspitze Probleme ansprechen und gemeinsam an Lösungen arbeiten. Zudem initiierte die Stelle für interkulturelle Arbeit gemeinsam mit „Weißt Du wer ich bin“ 2006 die „Monate des religiösen Dialogs“, in dem sie Veranstaltungen mitorganisierte und finanzierte, in denen sich jüdische, christliche und muslimische Münchner/innen für ein gemeinsames Projekt zusammenschlossen. Für solche Aktivitäten stehen bis heute finanzielle Fördermöglichkeiten bereit. Zudem kooperiert die Stelle eng mit dem Muslimrat³³ München, der durch Initiative des Bürgermeisters gegründet wurde und der offizielle Ansprechpartner für die Stadt München ist. Im Muslimrat sind ca. 20 Vereine gemeinsam organisiert. Weitere gute Kontakte zur muslimischen Gemeinde entstanden durch die Initiierung des muslimischen Religionsunterrichts an zwei Münchner Schulen. Auch in diesem Prozess war die Stelle für interkulturelle Arbeit federführend tätig. Die an MünchenKompetenz teilnehmenden Imame und Seelsorger/innen stammen zu einem großen Teil über diese seit vielen Jahren bestehenden Arbeitskontakte. Allerdings wurde jedoch auch ca. die Hälfte der Teilnehmenden durch die - gut beworbene - Auftaktveranstaltung auf die Weiterbildung aufmerksam.

Die konkrete Durchführung

Die Weiterbildung fand in acht ganztägigen Modulen - jeweils an einem Montag - zwischen Dezember 2008 und Juli 2009 statt. Die Module dauerten von 9.00 bis 17.00 und begannen mit einem morgendlichen theoretischen Input. Nach dem (vegetarischen bzw. Halal) Mittagessen und der Möglichkeit zum Gebet standen die Nachmittage dann für den praktischen Teil und die Exkursionen zur Verfügung. Der Montag war in Abstimmung mit verschiedenen Vertretern/innen der muslimischen Gemeinden getroffen worden. Insgesamt nahmen 25 Personen (17 Männer und

³³ www.muslimrat-muenchen.de

sechs Frauen) aus insgesamt elf Ländern³⁴ an der Weiterbildung teil – ausgesucht nach Herkunftsland, Geschlecht und Gemeindezugehörigkeit. Sieben Personen³⁵ gaben an, eine unbefristete Stelle als Imam zu haben, vier sind ehrenamtlich als Imam tätig. Elf Personen gaben an, seelsorgerisch tätig zu sein.

Die Bewertung:

Die Weiterbildung endete mit einer feierlichen Zertifikatsübergabe am 13. Juli 2009. Die bisher noch nicht veröffentlichten Evaluationsergebnisse zeigen, dass die Teilnehmer/innen mit den Inhalten, den Dozenten/innen, dem Kontakt zwischen den Teilnehmenden (Netzwerkbildung intern!), der Organisation, der Übersetzungsarbeit, und den Exkursionen Werte zwischen „sehr gut bis gut“ verteilten. Als positiv empfanden es die Teilnehmer/innen:

„dass es das Angebot überhaupt gibt“

„dass man vieles erfährt, was man nicht wusste“

„Wenn die Stadt München uns so was bietet, da dürfen wir nicht nein sagen. Da müssen wir kommen und mitmachen. Das ist einmalig.“

Kritikpunkte betrafen:

- das enge Zeitbudget,
- oftmals zu wenig Raum für Austausch untereinander und mit den besuchten Institutionen, Dozenten/innen,
- Referenten/innen, die nicht praxisbezogen genug referiert haben,
- die zu seltene Berücksichtigung der Geschichte der Muslime in Deutschland.

Schon während der Laufzeit des Projektes zeigten sich erste Ergebnisse der erhofften Vernetzung. So kann der Imam einer indonesischen Gemeinde (Teilnehmer von MünchenKompetenz), der keine eigenen Räumlichkeiten hat, nun die Räumlichkeiten der afghanischen Gemeinde (der afghanische Imam war ebenfalls Teilnehmer von MünchenKompetenz) mit seiner Gemeinde nutzen. Zudem möchten sich Teilnehmer/innen von MünchenKompetenz zu dem Verein „MünchenKompetenz e.V.“ zusammenschließen, um das Netzwerk zwischen den Geistlichen unterschiedlicher Moscheegemeinden aufrecht zu erhalten. Die Imame wollen ein gemeinsames Sprachrohr bilden und u-U. - und in Kooperation mit der Stadt weitere Veranstaltungen anbieten. Nach dem Besuch einer Institution, die Menschen ohne Versicherungsschutz medizinische Nothilfe leistet, hat eine Moscheegemeinde, deren Imam an MünchenKompetenz teilnahm, dieser Einrichtung für die Behandlung eines Schwerkranken Geld gespendet.

Wie es weiterging

Mitte November 2010 hat gemeinsam mit der Bundeszentrale für politische Bildung – in dem Programm – Religion im säkularen Staat eine Tagung mit den Imamen und Seelsorger/innen von MünchenKompetenz gemeinsam mit katholischen und evangelischen Geistlichen sowie Gemeindevorstehern/innen stattgefunden. Unter dem Thema „Gemeindeleben konkret“ - Gemeindeförderung und Seelsorge bei Christen und Muslimen - wurde zum einen der Austausch zwischen den Gemeinden initiiert, aber auch nach Wegen gesucht, wie Muslime in die Notfall-Seelsorgestrukturen der Landeshauptstadt wie auch in die Seelsorge in Krankenhäusern und Gefängnissen integriert werden können.

MünchenKompetenz ist als Best Practis Beispiel in den Projektatlas der Islamkonferenz aufgenommen worden.

³⁴ Albanien, Ägypten, Bosnien, Mazedonien, Türkei, Israel, Marokko, Algerien, Tunesien, Afghanistan, Deutschland.

³⁵ Mehrfachnennungen möglich.

 Bundesamt
für Migration
und Flüchtlinge

Integrationsprojekt für Muslime

**Fortbildung für Imame und SeelsorgerInnen:
München- und BerlinKompetenz**

Ziele:



- Förderung der gesellschaftlichen Integration und Partizipation von Muslimen
- Öffnung von muslimischen Gemeinden und Vernetzung mit kommunalen und zivilgesellschaftlichen Akteuren

Wege:

- Fortbildung von Multiplikatoren in Bezug auf Landeskunde (insbesondere kommunale Strukturen, Bildungs- und Beratungsangebote)
- Professionalisierung der Vereins- und Beratungsarbeit in den muslimischen Gemeinden
- Schaffung von Partizipationsmöglichkeiten sowie Kontakt- und Kooperationsmöglichkeiten mit kommunalen und zivilgesellschaftlichen Akteuren (Vernetzung)
- Förderung interkultureller und interreligiöser Kompetenzen / Abbau von Vorurteilen
- Aktivierung bzw. Ausbau des integrationsfördernden Potentials von muslimischen Gemeinden und Imamen

Referat 312 – Religiöse, weltanschauliche und kulturelle Aspekte der Integration, Geschäftsbereich Deutsche Islam Konferenz, Wissenswertes Islam





Die Stadt München kann nun auf den guten Kontakten zu den Moscheegemeinden aufbauen und die geschaffenen Zugänge nutzen. Zum einen hat die Stadt nun neben dem Muslimrat Ansprechpartner/innen, die sie als Experten/innenpool anfragen kann, zum anderen können städtische Angebote oder Aktionen direkt bei der Zielgruppe ankommen und dort vorgestellt werden. Die Fortbildung hat auch andere Kommunen überzeugt. Augsburg möchte mit „SchwabenKompetenz“, Frankfurt mit „FrankfurtKompetenz“ starten. Weitere Anfragen gibt es aus Nürnberg und Salzburg. 2011 hat sich aus Imamen aus MünchenKompetenz der Verein MünchenKompetenz Weiterbildung für Imame e.V. gegründet, der den Gedanken der nicht-theologischen Weiterbildung von Imamen weiterträgt.³⁶ Neben der Broschüre: „Von MünchenKompetenz zur KommunalKompetenz. Weiterbildung für Imame und muslimische Seelsorgerinnen und Seelsorger. Eine Handreichung zur Umsetzung in Kommunen“³⁷, war die Stelle für interkulturelle Arbeit 2011 Mitglied einer Unterarbeitsgruppe in der Deutschen Islamkonferenz und am Entstehen der Broschüre: Dialog, Öffnung, Vernetzung. Leitfaden für die gesellschaftskundliche und sprachliche Fortbildung von religiösem Personal und weiteren Multiplikatoren islamischer Gemeinden auf kommunaler Ebene“ beteiligt.

Kriterien der Übertragbarkeit

³⁶ Siehe Artikel Fadai und Jonas in dieser Publikation

³⁷ Die Publikation kann heruntergeladen werden unter:

http://www.muenchen.info/soz/pub/pdf/388_muenchen_kompetenz_broschuere.pdf

- Die Idee von MünchenKompetenz ist problemlos auf andere Kommunen zu übertragen. Die Module können in der Grundstruktur erhalten bleiben, müssen jedoch auf die lokalen Bedingungen angepasst werden. Wichtig ist hierbei, dass die Ziele der Weiterbildung kommuniziert werden.
- Unter dem Aspekt der Vernetzung sollte darauf geachtet werden, dass die Personen referieren, die auch im konkreten Fall die Ansprechpartner/innen für ein anstehendes Problem, bzw. Schlüsselpersonen in Schlüsselpositionen sind.
- Sowohl die inhaltliche Ausarbeitung als auch die Werbung sollte in enger Absprache mit den muslimischen Gemeinden vor Ort erfolgen.
- Es muss Zeit für Diskussion und Dialog eingeplant werden.
- Die Räumlichkeiten sollten so ausgesucht werden, dass sowohl ein gemeinsames Mittagessen (Speisevorschriften beachten!) als auch das mittägliche Beten möglich ist.
- Die Referenten/innen sollten auf Praxisnähe eingeschworen werden! Je konkreter ein Sachverhalt dargestellt wird („stellen Sie sich vor, zu Ihnen, als Imam, kommt eine Familie und sagt: 'ab morgen muss ich aus der Wohnung raus' – was machen Sie dann mit der Familie? Stelle Sie sich vor, zu Ihnen kommt eine Mutter und sagt Ihnen: 'mein Sohn kann morgen in einer Schnellimbisskette mit der Arbeit anfangen und verdient dort 650 Euro im Monat – wieso sollte er eine Lehre machen, wo er doch nur 200 Euro im Monat bekommt? Stelle Sie sich vor, zu Ihnen kommt ein Gemeindemitglied und sagt: 'Bei mir ist jemand, der hat keine Papiere und der ist sehr, sehr krank'. Was raten Sie ihm?') umso mehr Nutzen haben die Teilnehmer/innen davon.
- Zur Halbzeit mit den Teilnehmenden nochmals besprechen, ob die Inhalte der Weiterbildung in ihrem Sinne sind, sich Themen verschoben haben, Themen intensiver behandelt werden, weitere Themen weggelassen werden sollten.
- Dolmetscher/innen erleichtern die Arbeit! Hier ist darauf zu achten, dass die Referenten/innen auf die Situation des Dolmetschens hingewiesen werden und dass sie ihre Skripte rechtzeitig abgeben, so dass sich die Dolmetscher/innen entsprechend vorbereiten können.
- Bei MünchenKompetenz haben sich Materialmappen mit Handouts zu den jeweiligen Vorträgen, den Glossaren, den Übersetzungen und Materialien der besuchten Einrichtungen bewährt. Am Ende der Fortbildung wurden alle Module auf eine CD ROM gebrannt und mit der Abschlussurkunde übergeben.
- Bewährt hat sich ebenfalls, dass während der gesamten Laufzeit, mindestens ein/e Ansprechpartner/in sowohl den Referenten/innen, den Dolmetschern/innen als auch den Teilnehmenden für alle organisatorischen Fragen zur Verfügung steht und die engen Kontakt zur Projektleitung hält.
- Teilnehmende und Dozierende immer wieder ermuntern, sich gegenseitig (in die Institution, in die Moschee) einzuladen, um ein Thema intensiver diskutieren, um ein Thema einer größeren Anzahl von Menschen zugänglich machen zu können.

MünchenKompetenz – Fortbildung für Imame und muslimische Seelsorger/innen

Dezember 2008 – Juli 2009



Frau Mustermann

hat erfolgreich an den acht eintägigen Modulen

1. Modul: Angekommen in Bayern und in München
2. Modul: Geschichte, Politik und Verfassung der BRD
3. Modul: Dienstleistungen der Stadtverwaltung
4. Modul: Integration in München
5. Modul: Bildungs-/Ausbildungssystem und Arbeitsmarkt
6. Modul: Interkulturelles und interreligiöses Leben
7. Modul: Rechtsstaatliche Prinzipien
8. Modul: Gesundheits- und Sozialsystem

teilgenommen.

München, 13.07.2009

(LH München)

MünchenKompetenz für Imamweiterbildung e.V. - ein Projekt zur Stärkung der Kommunalkompetenz von Imamen

Imam Sidigullah Fadai und Sebastian Jona

Muslimen sind, nach den Christen, die zweitgrößte religiöse Gruppierung in München.

Dass muslimisches Leben längst ein Teil der Stadt geworden ist, ist ein Faktum. Die Fülle an verschiedenen Ländern, Kulturen, Sitten und Bräuchen, die unter dem Begriff des muslimischen Lebens in München subsumiert werden kann, ist eine Bereicherung und ein wertvoller Beitrag zur Vielfalt unseres städtischen Lebens.

Dass dies aber heute so ist, ist kein Zufall, sondern das Ergebnis ständigen Dialogs. Zu nennen ist hier natürlich zunächst der Dialog der Religionen. Die Kirchen mit ihren Organisationen, Institutionen und Gemeinden, muslimische Organisationen und Gemeinden, aber natürlich auch die Einrichtungen und Verbände anderer religiöser Gruppierungen stehen in München miteinander im Gespräch. Ebenso gibt es natürlich, und schon sehr lange, den Dialog der kommunalen Behörden und Einrichtungen gerade auch mit Muslimen, der das Zusammenleben in München garantiert.

Häufig sind Imame z.B. für die Außenkontakte ihrer Gemeinden zuständig und erfüllen Aufgaben im Bereich des interreligiösen und interkulturellen Dialogs. Imame sind eben nicht nur religiöse Autoritäten, sie sind Multiplikatoren im Dialog mit der muslimischen Bevölkerung. Dazu kommt die Aufgabe des Imams als Seelsorger jederzeit und für jeden zur Verfügung stehen zu müssen. Imame sind Dienstleister, oft ehrenamtlich für ihre Gemeinden da, Tag und Nacht verfügbar. Diese Arbeit kann nicht gelingen ohne gute Vernetzung, ohne Kenntnisse wer im Bedarfsfall angesprochen werden kann und muss, um aufkommenden Fragestellungen und Situationen richtig begegnen zu können. Sie müssen dazu in der Lage sein zwischen ihrer Gemeinde, dem Staat, den Behörden und der gesamten Gesellschaft zu vermitteln. Dabei gibt es nach wie vor ein großes Problem. Imame müssen deshalb über Wissen verfügen, solchen Fragen nicht ausschließlich mit religiöser Kompetenz zu begegnen; sie müssen unseren Staat und die Gesellschaft kennen. Viele Imame sind nach wie vor unzureichend oder gar nicht theologisch ausgebildet. Hinzu kommt, dass sie auch unzureichend in der Deutschen Gesellschaft sozialisiert sind, z.B. weil sie erst seit Kurzem oder nur für kurze Zeit in Deutschland sind. Auch für die Imame selbst ergibt sich daraus ein Problem, da viele Imame, die neu in Deutschland ankommen, die Probleme derer, die hier bereits in zweiter oder dritter Generation leben oft nicht überblicken können und falsch einschätzen.

Ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung ist deshalb die Entwicklung und Einrichtung von Studiengängen zur islamischen Theologie an deutschen Universitäten sowie auch die Vereinfachung der Anerkennung von im Ausland erworbenen Abschlüssen.

Eine große Chance besteht daneben in der Weiterbildung von Imamen. Zum einen natürlich um den Zeitraum kompensieren zu können, den es braucht, bis die anlaufenden universitären Ausbildungen greifen können. Daneben lässt sich auf diese Art

auch die Idee des lebenslangen Lernens, der ständigen Aktualisierung relevanten Wissens, in einem wichtigen Bereich umsetzen.

Ein Beispiel für die Arbeit der Stadt auf diesem Gebiet ist das Projekt „MünchenKompetenz-Weiterbildung für Imame und muslimische Seelsorger/innen“, das 2008 gestartet wurde.

In 8 Modulen wurden die am Projekt teilnehmenden Imame, Seelsorger und Seelsorgerinnen mit landes- und staatskundlichen Themen vertraut gemacht und darin weitergebildet.

Fester Bestandteil des Projektes waren zudem Exkursionen in verschiedene städtische Einrichtungen. So bot sich nicht nur ausreichend Gelegenheit für Austausch und Kennenlernen der Teilnehmer. Insbesondere sollte damit der Abbau von negativen Wahrnehmungen und Vorurteilen gegenüber kommunaler und staatlicher Verwaltung erreicht werden. Der große Projekterfolg, sowie das Fortbestehen des so entstandenen Netzwerkes bis heute, trugen maßgeblich zur raschen Realisierung eines dauerhaften Anschlussprojektes bei.

Ende 2010 gründete sich der MünchenKompetenz für Imamweiterbildung e.V., unter anderem aus Teilnehmern des vorangegangenen MünchenKompetenz Projektes.

Offizieller Start für unser erstes größeres Projekt war der 01. Dezember 2011. Es hat das Ziel Imame und muslimische Seelsorger/-innen miteinander vernetzen, Wissenstransfer in die Gemeinden zur nachhaltigen Sicherung der Integration, Öffnung der Moscheegemeinden. Die Finanzierung des Projektes, über eine Laufzeit von 12 Monaten, konnte durch Fördermittel des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge und des bayerischen Sozialministeriums sichergestellt werden.

Das Projekt baut auf den bisher gelaufenen Kompetenzseminaren auf, möchte Kommunalkompetenz weiterhin und über die ursprüngliche Projektlaufzeit nachhaltig sichern und auf die landesweite Ebene in Bayern transferieren. Dazu soll ein Netzwerk mit religiösem Personal aufgebaut werden, das aus den Teilnehmern an den Projektstandorten in München, Regensburg, Würzburg, Ingolstadt, Landshut und Deggendorf besteht.

Um unsere Arbeit tatsächlich an dieser Maßgabe ausrichten zu können, muss sie entsprechend strukturiert sein.

Wir haben sie deshalb in drei Teilbereiche gegliedert.

Ständige Vereinsarbeit ist die *Bedarfsermittlung*, also die aktive Kontaktaufnahme zu den Gemeinden im MünchenKompetenz Netzwerk, aber auch die Herstellung von Kontakten in neue Gemeinden. So haben wir im Fastenmonat Ramadan letzten Jahres viel Zeit aufgewendet, zahlreiche Gemeinden in München besucht, viele Gespräche geführt und uns ein umfassendes Lagebild verschafft. Daneben war es von Anfang an ein wichtiger Teil unserer Vereinsarbeit, das seit 2008 entstandene Netzwerk von MünchenKompetenz zu pflegen und seine Nachhaltigkeit zu sichern.

Unser Ziel ist es langfristig wirken, aber auch kurzfristig reagieren zu können, wenn die Umstände es verlangen. Beides erfordert ein gut funktionierendes und abrufbares Netzwerk. Schon bei der *Projektplanung* ging es uns darum nach Akteuren und Part-

nen zu suchen, deren Position und Erfahrung für den weiteren Projektverlauf wichtig sind. Das erlaubt uns unsere Arbeit auf ein möglichst breites Fundament an Informationen zu stellen und den kommenden Aufgaben gerecht werden zu können.

Die *Projektrealisierung* ist der dritte Teilbereich unserer Arbeit. Hier kommt es uns besonders darauf an alle Beteiligten nicht nur inhaltlich sondern ganz praktisch zusammenzubringen. Vorurteile und Hindernisse lassen sich am besten im persönlichen Gespräch abbauen, im Kontakt und Umgang miteinander. Dieser Punkt trägt auch wesentlich zur Vertrauensbildung bei, der hier, wie überall, eine sehr große Rolle spielt. Hierzu sollen z.B. (kommunale) Fachleute als Referierende in die Gemeinden eingeladen werden. Dadurch werden die Gemeindemitglieder nicht nur für ein bestimmtes Thema sensibilisiert, sondern über diesen niedrigschwelligen Kontakt können auf beiden Seiten Vorurteile und Hemmschwellen abgebaut werden.

Auch kommt es uns bei der Projektrealisierung darauf an die Eigenmotivation der Beteiligten zu stärken und zu befördern. Die Projektteilnehmer sollen sich aktiv in das Projekt einbringen und selbst am Projekterfolg teilhaben. So erzielte Erfolge motivieren zu einem nachhaltigen Engagement im MünchenKompetenz Netzwerk und tragen maßgeblich zur Verfestigung der entstandenen Strukturen bei.

Die Imame und Seelsorger sollen dabei zugleich Lernende und Lehrende sein, Wissen also nicht nur erwerben, sondern insbesondere auch dafür sorgen, dass es an ihre Gemeinde weitergegeben wird. Der Schlüssel dazu sind die Freitagspredigten. Unsere Idee ist es die Freitagspredigten der teilnehmenden Imame zu synchronisieren. Die Tatsache, dass an mehreren Orten zur selben Zeit das selbe Thema aufgegriffen, bewusst gemacht und behandelt wird, ist ein verbindendes Element und damit ein wichtiger Baustein für den Netzwerkgedanken.

In einem weiteren Schritt werden der Kontakte zu konkreten Ansprechpartnern aus entsprechenden Stellen und Einrichtungen hergestellt werden, die bei Bedarf mit Rat und Tat zur Seite stehen können.

Das so erworbene Wissen wird dann vom Imam selbst in einer Freitagspredigt aufbereitet und an seine Gemeinde transportiert. Wissen wird also nicht von außen, sondern innermuslimisch weitergegeben. Was wir dadurch erreichen ist einerseits die Kompetenz der Imame und Seelsorger als gesellschaftliche Akteure/innen zu stärken und andererseits ihre Vernetzung mit Institutionen und Einrichtungen zu ermöglichen.

Im Dezember 2011 haben wir damit begonnen Kontakt in die Gemeinden an den Projektstandorten aufzunehmen. Wie auch schon in München, war es uns wichtig von Anfang an den persönlichen Kontakt zu suchen. Dazu haben wir die Projektstandorte bereist, waren vor Ort in den Gemeinden und haben dort das persönliche Gespräch mit Verantwortlichen und Imamen gesucht. Im weiteren Verlauf wird es nun darum gehen die so geknüpften ersten Kontakte auszubauen und zu intensivieren. Es wird daher, und über den gesamten Projektzeitraum, weitere Reisen an die Standorte geben.

Neben der allgemeinen Kontaktaufnahme und Bekanntmachung unseres Vorhabens geht es uns darum am jeweiligen Projektstandort eine Person zu ermitteln, die über gute Kenntnisse des muslimischen Lebens in ihrer Stadt verfügt und bereits gut vernetzt ist. Es ist wichtig für unsere Arbeit auf diese Art schnell und unkompliziert

wichtige Informationen gewinnen und auch bei der Projektrealisierung auf diese Partner zählen zu können.

Derzeit sind wir dabei den in den Gemeinden ermittelten Bedarf zu sortieren und zu analysieren. Auf diese Art werden wir eine Themenliste erarbeiten, die dann inhaltliche Grundlage für unser Projekt ist und anhand derer wir konkrete Weiterbildungsmaßnahmen umsetzen können.

Bereits Ende März wird es in München eine Fachtagung geben, die innerhalb des Projektes die Funktion einer Pilotveranstaltung erfüllt. Nach der offiziellen Auftaktveranstaltung im April und bis zum Ende des Projektes im November 2012 werden dann insgesamt 7 weitere Themen in Module gefasst und in den teilnehmenden Gemeinden umgesetzt.

Sidigullah Fadai, Sebastian Johna
www.muenchenkompetenz.de